7. Jahrg. Nr. 21 A

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Einzelpreis 10 Pfg.

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern" und den Beilagen „Die Tribüne", „Die Kommunistin", „Der Jungproletarier", „Die Rote Sichel".

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Nieder-Hermsdorf, Seitendorf, Neu-Salzbrunn, Weißstein, Wüstegiersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — Reklame-Preis: Die Millimeterzeile 3gespalten oder deren Raum im Text 50 Goldpfennige

Montag, 25. Januar 1925.

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 544 — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887.

Die Hamburger Helden vor Gericht.

Am 2. Verhandlungstag spricht wieder Genosse **Urbahns**, der nunmehr das Geschick des Oktober 1923 herausarbeitet. Gleich zu Anfang wird ein Versuch des Vorsitzenden, die ausführliche Rede zu beschränken, von der Verteidigung zurückgewiesen. Mit dem Stolz und der Ueberzeugungskraft des tapferen Revolutionärs verbindet Genosse Urbahns mit flammender Begeisterung die eingehende Analyse zur hinreichenden Rechtfertigung der revolutionären Tat. Er stellte zunächst den Ruhrkrieg, die innere und äußere Politik des Großkapitals, die internationalen Profitgeschäfte des Patrioten Stinnes, den nationalistischen Schwindel, den schwerindustriellen Charakter der Regierung Cuno, den ungeheuren Raubzug der Kapitalisten und ihrer Regierung, gegen die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum dar. **Es hagelt von Peitschenhieben gegen die SPD.**, die jede Art von kapitalistischen Verbrechen und Gewalttaten unterstützt. Die KPD. proklamierte die Einheitsfront und die Arbeiter- und Bauernregierung. Die Anklageschrift zeigt keine Spur von Verständnis für die kommunistische Politik 1923. Genosse Urbahns trägt Zitate von **Remmele, Brandler,** von den Leipziger Beschlüssen usw. über jede „Politik im Rahmen des bürgerlichen Staates", über die Sachwerteerfassung, über die Auffassung der „Arbeiterregierung als eine Vorstufe der Diktatur" vor. Im Zusammenhang mit den Betriebsräten und ihre Rolle spricht Genosse Urbahns von den gewaltigen Wirtschaftskämpfen des Jahres 1923. Er erklärt:

„Solche Wirtschaftskämpfe mußten damals wie heute immer ausgesprochenen politischen Charakter tragen. Meine Herren, in Deutschland zeigt die Zuspitzung der Klassengegensätze und des Heranreifens der Revolution, da sind Paragraphen nichts, die Notwendigkeit alles. Her mit den Waffen, so schrieen uns damals die Massen entgegen. Hunderte von Arbeitern standen damals mit dieser Forderung vor mir. Ich habe ihnen gesagt, die KPD. ist kein Waffenfabrikant. Die Bewaffnung der Massen muß mit Hilfe des politischen Massendrucks durchgeführt werden.

Als Ebert die Gewalt zunächst an den Militärminister und dann an Seeckt übertrug, als Ebert den Belagerungszustand verhängte, als die Rebellion der weißen Generäle kam, da haben wir uns gesagt:

‚Die Zeiten sind da, der Rebellion der weißen Generäle die Revolution des Proletariats entgegenzustellen. Von diesem Augenblick an haben wir nicht gezögert, habe ich, der ich die Verantwortung für den Bezirk Wasserkante hatte, nicht gezögert, uns auf das Kommende vorzubereiten.'

Ich wiederhole: die volle politische Verantwortung übernahm ich. Vorbereitungen wurden getroffen. Die Bezirksleitung bestimmte ein Komitee aus drei Männern, einen politischen, einen organisatorischen und einen militärischen Leiter. Ich selbst war der politische Leiter. Wer die beiden anderen waren, sage ich nicht."

Genosse Urbahns schildert darauf die Zuspitzung der Lage. Er kommt dann auf die Lage in Sachsen zu sprechen und erklärt:

„Hätte man dort bloß 60 000 Arbeiter bewaffnet, dann, meine Herren, wäre es anders gekommen. Dann wäre Hamburg nicht allein geblieben; dann ständen wir heute nicht vor dem Gericht; dann hätten wir die Macht."

Nachdem Genosse Urbahns noch einmal auf die Zuspitzung der Lage in Hamburg gekommen war, schloß er seine Rede mit den Worten:

„Lieber im Feuer der Revolution verbrennen, als auf dem Misthaufen der Demokratie verfaulen."

Nach der Mittagspause erfolgte die Vernehmung des Genossen Frehde, der ebenfalls eine tapfere Verteidigungsrede hielt.

Der Vorstoß Polens gegen Danzig.

Von U. Man (Danzig).

Der zwischen der Regierung der weißgardistischen Polen und dem Senat des Danziger „Freistaates" ausgebrochene Konflikt, der sich äußerst zugespitzt hat, ist von internationaler Bedeutung. Er kann ernstliche Folgen nach sich ziehen, und deshalb muß das Proletariat, besonders Deutschlands, Polens und Danzigs, die Vorgänge beachten. Nicht der formale Diplomatenfroschmäusekrieg, sondern die Beweggründe und Triebkräfte der polnischen Regierung zeigen, daß es sich um einen Teil des Ringes handelt, den die Antisowjetfront um Räterußland legen will.

Den äußeren Anstoß zum Konflikt gab Polen dadurch, daß es am 1. Januar in Danzig ein Postamt errichtete und in der Nacht vom 5. zum 6. Januar an verschiedenen, polnischen Besitzern gehörenden Gebäuden in der Stadt polnische Briefkasten anbringen ließ. Die unter ganz besonderem Protektorat des reaktionären Senats der Danziger Ordnungszelle stehenden Faschisten beeilten sich prompt, in der darauffolgenden Nacht die roten Briefkasten mit Hilfe von Teer und Tunch mit den schwarz-weiß-roten Farbe der Wilhelm-Monarchie zu beschmieren. Den polnischen Machthabern schwoll der Kamm. In einer äußerst scharfen Note verlangte der polnische Generalkommissär, der behauptet, die Briefkasten seien von Senatsangestellten bemalt worden, Bestrafung der Schuldigen und, da die Souveränität und Ehre der polnischen Republik verletzt seien, Entschuldigung durch den Senat. Der deutschnationale Senat widersetzte sich dem. Seiner Meinung nach habe Polen kein Recht zur Einrichtung eines eigenen Postdienstes. Er verlangte die Entfernung der Briefkasten.

Der polnische Generalkommissär wiederholte seine ultimative Forderung und fügte hinzu, daß, wenn die Danziger Regierung nicht gewillt sei, die polnischen Forderungen zu erfüllen, Polen gezwungen sein würde, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen.

Die reaktionäre Presse Polens drückte sich weniger diplomatisch aus. „Kurjer Poranny" erklärte zum Beispiel:

„Heute kann man das noch als Episode bezeichnen, aber morgen wird es bewaffneter Krieg heißen. Wir müssen im Auge halten, daß hinter uns mächtige Verbündete stehen."

Die Situation wurde äußerst zugespitzt. Schließlich mußte der Senat auf Anraten des englischen Völkerbundkommissärs sich entschuldigen.

Der polnische stellvertretende Ministerpräsident Thugut erklärte darauf, daß Polen das friedlichste Volk der Welt sei (!!) und wisse, daß jedes Abenteuer heute für Polen eine Katastrophe bedeuten würde. Trotz seines bewährten Pazifismus (!) werde Polen jedoch niemals eine Beleidigung gestatten, gleichgültig, ob diese von einem großen oder kleinen Staat ausgehe. Die polnische Regierung betrachte die Erklärung des Danziger Senats, daß er die Beschädigung der Briefkasten bedauere, als eine ausreichende Genugtuung für die verletzte polnische Ehre. Polen stütze sich auf seine natürlichen Hafenrechte und verteidige die Danzigs besser als der Danziger Senat, denn die Politik des Senats widerspreche den wahren Interessen Danzigs.

Die Warschauer Presse erklärte, Polen habe zu viel Geduld gegenüber Danzig gezeigt, das heute ein Attentat gegen Polen plane. Der „Kurjer Poranny" fordert die Regierung auf, Danzig von seinem Senat und seinem widerspenstigen Präsidenten Sahm zu befreien. Erst unter der Leitung der vorbildlichen polnischen Toleranz könne die wahre Freiheit Danzigs verwirklicht werden.

Diese offiziellen und offiziösen Erklärungen zeigen mit aller Deutlichkeit, worum es sich bei dieser ganzen Affäre handelt. In der Besetzung Danzigs und seiner Angliederung an Polen liegt der Hund begraben.

Die polnische Bourgeoisie hat großes Interesse daran, Danzig zu annektieren. Die Politik des polnischen Imperialismus läuft nicht nur darauf hinaus, über Danzig als Handelsgebiet und Transithafen selbstherrlich gebieten zu können, sondern Danzig Polen anzugliedern und somit auch den Hafen für seine militärischen Zwecke als Marinebasis fest in der Hand zu haben. Als „Drahtverhau gegen den Bolschewismus" geschaffen, will das weißgardistische Polen im Auftrage seiner französischen Geldgeber in Danzig den Seestützpunkt des Antisowjetbundes errichten.

Trotz aller Proteste des Danziger schwarz-weiß-roten Senats, deren Grund beileibe nicht etwa in Sympathie für Sowjetrußland zu suchen ist, sondern sich aus wirtschaftlicher Konkurrenz zwischen der Danziger und der polnischen Bourgeoisie ergibt, hat der Völkerbund, das Forum des Weltfriedens und Paradies der II. Internationale, Polen genehmigt, auf Wisteplatte (Danzig) einen Munitionshafen einzurichten. An diesem Hafen wird mit allem Eifer gebaut, und jetzt schon treffen oft Waffen- und Munitionssendungen ein, mit denen sowohl die Dollarrepublik als auch der Pazifist Herriot Polen, das Land des „bewährten Pazifismus" (siehe Thugut!) versehen. Sehr erklärlich also, daß die polnischen Militaristen „zum Schutze der verletzten Ehre der polnischen Nation" und zur „Verwirklichung der wahren Freiheit Danzigs" usw. usw. Danzig besetzen wollen, um den Munitionshafen sicherzustellen. Sie hätten es schon längst getan, wie sie z. B. Wilna besetzt haben. Nur hat England sie daran gehindert.

Wo sind die 7000?

Eine Antwort an die SPD.

Die „Volkswacht" bringt in ihrer Sonnabendnummer eine Notiz, in der sie mitteilt, daß es in Preußen nicht 7000, sondern höchstens 500 politische Gefangene gibt. Sie begründet ihre Mitteilung auf eine Erklärung des Rechtsausschusses des Preußischen Landtags.

Die „Volkswacht" glaubt mit einem solch dicken Schwindel von nur 500 politischen Gefangenen noch Stimmung gegen unseren Amnestieantrag zu machen. Dieses Lügenblatt weiß sehr genau, daß in Preußen bedeutend mehr wie 500 politische Gefangene sitzen. Allein in der Zeit vom Juli bis 8. Dezember 1924 haben **504 Prozesse** gegen Kommunisten stattgefunden, in denen 3522 **Kommunisten** verurteilt wurden und zwar zu insgesamt **577 Jahre 10 Monate Festung, 489 Jahre 1 Monat Zuchthaus, 1197 Jahre 2 Monate Gefängnis** und zu **insgesamt 121 237 Mk. Geldstrafen.** Von diesen 3522 ist bisher noch nicht ein einziger amnestiert worden. Die SPD. hat bekanntlich ihre eigenen Amnestieanträge eingebracht und verlangt selbst Amnestie für die Opfer aus der Inflationszeit. Weiß die „Volkswacht" nicht, daß die Gefangenen aus der Inflationszeit nicht unter dem Namen politische Gefangene registriert sind? Wenn die „Volkswacht" die Leute für die sie ihren Antrag stellt, gemeine Verbrecher nennt, so kann man allerdings daran feststellen, wie ernst es die SPD. mit ihrem Amnestieantrag meint.

Im übrigen sitzen allein in Deutschland noch über 2000 seit fast einem Jahre in Untersuchungshaft. Weitere 1000 haben noch nicht ihre Strafe angetreten.

Wenn tatsächlich nur ganze 500 politische Gefangene in Preußen säßen, warum läßt man sie nicht frei? Die „Volkswacht" heuchelt und schwindelt und verleumdet die 7000 politischen Gefangenen, wenn sie von ihnen als Diebe, Räuber und Erpresser spricht. **Die 7000 politischen Gefangenen werden bittere Rache an diesen Betrügern und Henkern üben.**

Amerika drängt auf die Dawesierung Frankreichs.

Senator Borah, der als Vorsitzender des Senatsausschusses für Außenpolitik einen antibolschewistischen Einfluß ausübt, zog im Senat gegen die Absicht los, Frankreich seine Schulden auch nur zum Teil nachzulassen. In diesem Zusammenhang wurde auch das Pariser Abkommen scharf kritisiert, weil es für Amerika zu wenig herausgeholt habe. Amerika müsse auf eine rasche Bezahlung der französischen Schulden bestehen. In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß in der amerikanischen Presse der Plan einer Dawesierung Frankreichs immer konkreter erörtert wird.

Die Jagd auf kommunistische Redakteure.

Der Genosse Fritz Jung wurde hier verhaftet. Grund ist unbekannt. Er war seit der Verhaftung des Genossen [illegible] Mitglied der Redaktion der „Bergischen Volksstimme".

„Immunität"!

Der Genossin Rosa Aschenbrenner wurde vom Bayrischen Landtag die Immunität entzogen. Sie wurde von der Staatsanwaltschaft wegen Fortsetzung der in Bayern verbotenen Kommunistischen Partei verfolgt.

Bei der Verhandlung dieses Antrages kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den kommunistischen und bürgerlichen Abgeordneten.

Bourgeoisie über Sozialdemokratie.

„Katholiken und Sozialdemokraten waren nur solange gut genug, an verantwortungsvoller Stelle im Reich und in den Ländern zu stehen, als der Staat noch nicht gesichert, die revolutionären Regungen noch nicht gebannt (!) und die unangenehmsten außenpolitischen Bedrückungen und Demütigungen des deutschen Volkes in Kauf genommen werden mußten."

Germania (Zentralorgan des Zentrum) am 17. 1. 1925.

Tarif-Erhöhung bei der Dawes-Reichsbahn.

Als nach Annahme des London-Pakts die deutschen Eisenbahnen dawesiert wurden, da hat man, um die Massen für die ersten Monate über die Wirkungen der Verschacherung der Eisenbahnen zu täuschen und zugleich den Großkapitalisten ein Geschenk zu machen, ein paar Gütertarife ermäßigt.

Jetzt, nachdem der Generalagent für Reparationen einen Vertrauensmann des französischen Schwerkapitals zum Herrn über die Dawes-Bahnen gesetzt hat, wird die Tarifschraube fest angezogen.

Am 1. März soll die Reichsbahn ihre erste Dawesrate von 100 Millionen Mark blechen. Angeblich ist das Geld da. Aber der Bericht über eine Tagung der Ausschüsse und der Verwaltungsrat der Reichsbahn meldet, daß die Finanzlage der Reichsbahn immer noch so „gespannt" sei:

„daß bei etwa nicht zu umgehenden Erhöhungen der Ausgaben von einer gleichzeitigen Steigerung der Einnahmen nicht abgesehen werden kann. Eine solche müßte gegebenenfalls in der Erhöhung der Personentarife und unter Umständen in der Steigerung der Tarife für die Zeitkarten gesunken werden".

Der Zusammenhang zwischen der Tariferhöhung, die Millionen durch Fahrpreis- und Frachtverteuerung aus den Massen herausquetscht, und der Tributzahlung ist so offenkundig, daß selbst der hornierteste Dawes-Sozialdemokrat ihn nicht ableugnen kann.

Das ist nur der Anfang. Aus der Eisenbahn wollen außer der Verzinsung für die Herren Aktionäre in Neuyork an 900 Millionen Mark herausgeholt werden.

So werden die Tarife weiter steigen, wenn die Werktätigen die Dawesketten nicht zerbrechen.

Reichswehr gegen Ausgesperrte.

In den Daimler Motorenwerken Sindelfingen, die [illegible] ausgesperrt haben, wurde Reichswehr mit Maschinengewehren und Panzerautos stationiert, die sich äußerst provokatorisch gegen die Arbeiterschaft benahm. Als am selben Tage eine Streikversammlung abgehalten wurde, sollte durch die Demonstration der Reichswehr die Arbeiterschaft eingeschüchtert werden. Die Provokationen erreichten jedoch nicht ihren Zweck. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine ungeheure Empörung.

Die anglo-französischen Gegensätze spiegeln sich in der Beziehung zu Polen sehr klar wieder, wie überhaupt in der Randstaatenpolitik. Während Litauen, Lettland, Estland (von englischen Anleihen und diplomatischer Unterstützung!) leben und de facto englische Kolonien sind, bilden die Länder der kleinen Entente, in erster Linie aber Rumänien und Polen, die Schachfiguren in Händen des französischen Kapitals.

Der „Freistaat" Danzig aber ist wirtschaftlich sowohl von Polen (das heißt allerdings indirekt von Frankreich) als auch von England abhängig. Die Angliederung Danzigs an Polen würde einen Schlag für den englischen Handel, gleichzeitig aber auch eine erhebliche Verstärkung des französischen Einflusses auf die Randstaaten bedeuten, wogegen England sich wehrte, indem es Polen daran hinderte, in Danzig, wie es in Fiume, Wilna und Memel geschah, „vollzogene Tatsachen" zu schaffen.

Wenn Polen jetzt in so offener Weise von der Besetzung Danzigs spricht und sich dabei auf die hinter ihm stehenden Verbündeten beruft, so ergibt sich daraus, im Zusammenhang mit der Chamberlain-Politik, daß England eventuell die Besetzung Danzigs durch Polen doch genehmigen würde, was natürlich nur im Interesse des Antisowjetblocks und des Kreuzzuges gegen Räterußland geschehen soll. Früher oder später wird Polen Danzig besetzen. Dies ist nur eine Frage der Zeit.

Die Danziger Bourgeoisie, die jetzt voller Patriotismus gegen Polen wettert, würde sich — für entsprechende Kompensation — der Heiligen Allianz gegen den Bolschewismus anschließen.

Anders steht die Frage für das Proletariat des „Freistaates". Das Regime wie die gesamten Existenzverhältnisse sind in Danzig für das Proletariat drückend. Der reaktionäre Senat geht mit aller Schärfe gegen das Proletariat vor. Dennoch hat die Danziger Arbeiterschaft auch nicht die geringste Veranlassung, sich nach der Polenherrschaft zu sehnen, denn sie kennt die Zustände in der Republik des weißen Terrors.

Für die Danziger Arbeiterschaft gibt es nur einen Weg, wie ihn die Kommunistische Partei (Danzig) in ihrem Aufruf erneut zeigt: Kampf gegen den polnischen Imperialismus! — Kampf gegen die Diktatur des Danziger Kapitals!

Der Feind steht im eigenen Lager! In diesem Sinne sammelt die KPD. die Arbeiterschaft der „Ordnungszelle Danzig" zum Kampfe gegen den polnischen Imperialismus und den Angriff auf Sowjetrußland.

Aufgabe des internationalen Proletariats ist es, diesen Kampf zu unterstützen.

Zum Ruhrpanama.

Neue Geschenke an die rheinischen Großindustriellen auf Kosten des Proletariats.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet vom 22. 1. Nr. 52:

„Ueber den Ersatz der im Ruhrbergbau durch Beschlagnahme von Brennstoffen, Zechen, Kokereien usw., sowie durch die Zwangslieferungen auf Grund der Micumverträge während des Ruhrkampfes entstandenen Schäden ist, wie wir hören, zwischen dem Bergbau und den zuständigen Reichsstellen eine grundsätzliche Einigung erzielt worden. Danach erkennt das Reich eine Entschädigungspflicht im allgemeinen an und hat sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt, woraus allerdings nicht alle (?!) im Bergbau entstandenen Verluste voll ausgeglichen werden. Die Verteilung der Entschädigungszahlen des Reiches, worauf bereits größere Abschlagszahlungen erfolgt sind, geht durch die Ruhrkohle A.-G.... Aehnlich wie für den Ruhrbergbau werden auch die Entschädigungsansprüche der Eisen- und Stahlindustrie geregelt."

Die Schwerindustrie ist unersättlich. Sie, die den Ruhrkampf provoziert hat und alle Lasten des Ruhrkrieges und dessen Niederlage auf die Schultern des rheinisch-westfälischen Proletariats abgewälzt hat, erhält jetzt unter dem Vorwand der Ruhrschäden große Geschenke vom Reich. Ueber die Höhe dieser Geschenke, die das Reich so schön Entschädigungsansprüche nennt, verlautet gar nichts. Bei der bekannten Bescheidenheit der Montanherren im Ruhrgebiet dürften ihre angeblichen Verluste von ihnen nicht zu gering veranschlagt worden sein. Die Tatsache, daß die Regierung sich hütet, diese Summe zu nennen, besagt an sich schon genügend. Das rheinisch-westfälische Proletariat weiß, wer die Lasten des Ruhrkampfes und der Micumverträge getragen hat. Es weiß, daß die Unternehmer unter dem Vorwand der Micumverträge die Ausbeutung so gesteigert haben, daß weit über die Micumlasten noch große Profite in die Taschen der rheinischen Kapitalisten selbst geflossen sind und die Lasten, die das rheinisch-westfälische Proletariat schon durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung getragen hat, werden jetzt den Ruhrindustriellen vergütet und zwar auf Kosten des gesamten deutschen Proletariats. Denn diese Entschädigungssummen fließen aus der Dawesanleihe, deren Verzinsung und Tilgung in jährlichen Raten unter der Knute der deutschen Sklavenhalter aus der deutschen Arbeiterschaft herausgewirtschaftet wird. Das Proletariat muß also doppelt zahlen, was die Kapitalisten doppelt erhalten. Und das ist die einzige Lastenverteilung, die das kapitalistische System kennt.

Das Lied vom Hasse.

Wohlauf, wohlauf, über Berg und Fluh,
Dem Morgenrot entgegen.
Dem treuen Weib den letzten Kuß,
Und dann zum treuen Degen!
Bis unsere Hand in Asche stiebt,
Soll sie vom Schwert nicht lassen,
Wir haben lang genug geliebt,
Und wollen endlich hassen!

Die Liebe kann uns helfen nicht,
Die Liebe nicht erretten;
Halt du, o Haß, dein jüngst Gericht,
Brich du, o Haß die Ketten!
Und wo es noch Tyrannen gibt,
Die laß uns keck erfassen;
Wir haben lang genug geliebt,
Und wollen endlich hassen!

Wer noch ein Herz besitzt, dem soll's,
Im Hasse nur sich rühren;
Allüberall ist dürres Holz,
Um unsere Glut zu schüren.
Die ihr der Freiheit noch verblieb't,
Singt durch die deutschen Straßen:
„Ihr habet lang genug geliebt,
O lernet endlich hassen!"

Bekämpfet sie ohn' Unterlaß
Die Tyrannei auf Erden,
Und heiliger wird unser Haß
Als unsere Liebe werden.
Bis unsere Hand in Asche stiebt,
Soll sie vom Schwert nicht lassen;
Wir haben lang genug geliebt,
Und wollen endlich hassen!

Herwegh.

Die Heuchelei der „Volkswacht"

wird wieder einmal durch einen Artikel beleuchtet, der in der Sonnabendnummer veröffentlicht ist und die beabsichtigte Stillegung von Eisenbahnwerkstätten behandelt. Die „Volkswacht" markiert Entrüstung darüber, daß die Betriebe stillgelegt werden und man die Arbeiter entweder entläßt, oder sie mit Uebergangsgeldern und guten Wünschen auf die Industrien vertröstet.

Das schreibt dieselbe Volkswacht, die sich für die Dawesgesetze für die Auslieferung der Eisenbahner an das internationale Räuberkapital eingesetzt hat und die uns Lügner nannte, weil wir die Entlassung der Eisenbahner vorausgesagt haben.

Die Arbeiter in Schlesien können aus der Haltung der „Volkswacht" den Unterschied zwischen sozialdemokratischen Worten und Taten erkennen. Im Parlament liefern die sozialdemokratischen Verräter die Eisenbahnen an das Privatkapital und die Arbeiter dem Hungertode aus. In ihrer Presse aber markieren sie edle Entrüstung über die logischen Folgen ihres eigenen, erbärmlichen Verrates.

Wie lange werden sich die sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Führern in dieser zynischen Weise verhöhnen und an der Nase herumführen lassen?

Die II. Internationale stützt den bewaffneten Kampf gegen Sowjetrußland.

Das Organ der belgischen kommunistischen Partei „Le Travail Rouge" brachte vor einiger Zeit die aufsehenerregende Mitteilung, daß die estnische Henkerregierung der Exekutive der 2. Internationale ein Dossier mit „Dokumenten" überreicht habe, die den Zweck verfolgten, die Teilnahme der estnischen Sozialdemokraten an der Regierungskoalition und an einem Angriff gegen Sowjetrußland zu rechtfertigen. Gleichzeitig richtete die estnische sozialdemokratische Partei einen Brief an den Generalsekretär der 2. Internationale, Friedrich Adler, und ersuchte ihn, die Unterstützung der 2. Internationale für die verbrecherischen Pläne der estnischen Regierung zu sichern.

Weder die belgische sozialdemokratische Partei noch die 2. Internationale haben diese Mitteilung dementiert. Nun veröffentlicht die Havasagentur aus Reval ein Telegramm vom 17. Januar, das geeignet ist, auf die Verhandlungen der 2. Internationale in Brüssel über die estnische Frage, über die sie sozialdemokratische Presse selbst tiefstes Schweigen bewahrt, einiges Licht zu werfen. Das Telegramm besagt:

„Die öffentliche Meinung Estlands verfolgt ohne Unterschied der Parteien mit großem Interesse und mit dem Gefühl voller Genugtuung die günstige Aufnahme, die auf der Brüsseler sozialistischen Konferenz das Memorandum der estnischen Sozialdemokraten und dem ausführlichen Bericht ihres Delegierten über den bolschewistischen Handstreich, der die Existenz des Landes bedrohte, bereitet wurde. Mit demselben Interesse und Genugtuung wird der Beschluß zur Kenntnis genommen, der den Grenzländern das Recht, ihre Unabhängigkeit mit den Waffen in der Hand zu verteidigen, zuspricht."

Was ist in Brüssel geschehen? Warum sprechen alle estländischen Parteien von den erzreaktionären Sozialisten und Faschisten bis zu den Sozialdemokraten „volle Genugtuung" über die Brüsseler Konferenz aus? Wie steht es mit dem Beschluß über die „Rechte" der Grenzstaaten, einen Angriff gegen Sowjetrußland unter dem Vorwand der Verteidigung vorzubereiten und zu unternehmen?

Die 2. Internationale schweigt. Vandervelde und Konsorten wollen ihre finsteren Pläne ohne Wissen der Arbeiterschaft vorbereiten und in die Tat umsetzen. Die Arbeiterschaft hat aber das Recht, auf diese Fragen Antwort zu erhalten. Die Antwort muß erzwungen werden.

3 Jahre 6 Monate Zuchthaus für den Genossen Jüngst beantragt!

Im Prozeß gegen die Siegerländer Kommunisten hielt heute der Staatsanwalt Lesser die Anklagerede. Er behauptete, daß die in diesem Prozeß genannten Verbände: Stahlhelm, Werwolf, Jungsturm, Deutscher Offiziersbund, gar keine faschistischen Verbände seien, sondern auf dem Boden der Verfassung ständen, so daß ein Einwand der faschistischen Gefahr für das Siegerland nicht berechtigt sei. Die faschistische Gefahr sei nur ein Vorwand für den Hochverrat gewesen. Er beantragt auf Grund des Republik-Schutzgesetzes und des Sprengstoffgesetzes folgende Strafen: Genosse Jüngst 3 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe, unter Anrechnung von 1 Jahr der verbüßten Untersuchungshaft; gegen Schramm 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 100 Mark Geldstrafe, unter Anrechnung von 1 Jahr 1 Monat Untersuchungshaft. Brinkschulte 2 Jahre Gefängnis, 100 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr 1 Monat Untersuchungshaft, Krämer 3 Jahre Zuchthaus, 150 Mark unter Anrechnung von 1 Jahr 1 Monat Untersuchungshaft, Schmidt 2 Jahre Gefängnis, 100 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr 1 Monat, Feer 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 50 Mark, unter Anrechnung von 11½ Monaten; Kopfflesch 2 Jahre sechs Monate Gefängnis, 100 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr 1 Monat; Becker 2 Jahre sechs Monate Zuchthaus, 100 Mark, unter Anrechnung von 9 Monaten, Seiler 2 Jahre Gefängnis, 100 Mark, unter Anrechnung von 1½ Monat, Niedhanden 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 40 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr ½ Monat, Kestler 1 Jahr sechs Monate Gefängnis, 40 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr ½ Monat, Dittmann 1 Jahr sechs Monate Gefängnis, 50 Mark, unter Anrechnung von 8 Monaten, Ewald 1 Jahr sechs Monate Gefängnis, 50 Mark, unter Anrechnung von 1 Jahr 2 Monaten.

Justizrat Dr. Fraenkl knüpft in seinem Plädoyer an die Beschimpfungen des Genossen Jüngst durch den Reichsanwalt an, der ihm Haltlosigkeit vorgeworfen hatte, weil der von den Deutschnationalen zu den Kommunisten übergegangen ist. Krieg und Revolution, so führte Genosse Fraenkl aus, haben Tausenden und Abertausenden von Menschen die Götzen zerbrochen, die sie anbeteten. So auch dem Angeklagten Jüngst, der bis zum Kapp-Putsch in dem von Ritter gegründeten christlichen Sozialismus eigentlich gegen das revolutionäre Proletariat stand, bis er die Heuchelei der Pfaffen, die Kirche als Dienerin des Staates, die Deutschnationalen als Vertreter der ausbeutenden Klasse erkannte, bis er einsah, daß Vorkämpfer der Enterbten und Armen lediglich die Kommunisten sind. Genosse Fraenkl schließt mit den Worten: „Meine Herren, Sie selbst werden doch im Ernst nicht sagen, daß mit dem Revolutiönchen die soziale Revolution vorüber ist. Sie wird kommen, wenn die Arbeiterklasse, von der herrschenden Klasse bedrückt, in Notwehr neue Angriffe der herrschenden Klasse abwehrt. Genosse Fraenkl fordert nach eingehenden juristischen Ausführungen über die Ungesetzmäßigkeit des Verbots der Partei die Freisprechung des von ihm verteidigten Genossen Jüngst, dessen Verurteilung zu Zuchthaus den Kommunisten neue Anhänger zuführen würde.

MESSMEND

oder

Die Yankees in Leningrad

Copyright by Moderner Verlag, Wien 1924

24

Er setzte sich neben Katja auf die Bank, seufzte tief auf und bedeckte sein Gesicht mit den Händen.

Katja bekam auf einmal ein sonderbares Herzklopfen.

Der Unbekannte seufzte noch einmal und flüsterte:

„Ich werde es nicht ertragen.... Ich kann nicht leben... Mir bleibt nichts als der Tod!"

„Jeder hat sein Leid zu tragen," bemerkte Mrs. Wassilow gerührt, indem sie dem Unbekannten näherrückte. „Heute hat man das zu ertragen, morgen etwas anderes. Man muß seinen Charakter stählen."

„Ich kann nicht, mir fehlt die Kraft...." murmelte dumpf der Unbekannte.

„Nehmen Sie sich zusammen, und Sie werden es überwinden."

„Geben Sie mir Ihre Hand, Madam, verzeihen Sie, wenn ich Sie darum bitte... Aber die Hand einer zarten Frau kann in solchen Fällen Wunder tun."

Katja zog sofort ihren Handschuh ab und reichte ihre energische Hand dem Unbekannten. Sofort strömte eine elektrische Energie durch ihren ganzen Körper, verursachte ihr ein Schwindelgefühl, das ihr übrigens keineswegs unangenehm vorkam. Gewohnt, sich selbst zu beobachten, dachte sie erstaunt:

„Es scheint, ich verliebe mich, merkwürdig. Ich verliebe mich, obwohl ich gar keine Lust habe, mich zu verlieben."

Währenddessen rieb der Unbekannte kein Mittel unversucht, um die wundertätige Wirkung einer zarten Frauenhand auf sich einwirken zu lassen; er drückte sie an seine Nase, an Wangen und Mund, streichelte sie, preßte sie an seine Augen, rieb sie an seinen Katzenborsten.

„O Weib!" rief er plötzlich exaltiert aus, „sei ein Engel! Sei eine barmherzige Schwester. Opfere mir ein, zwei Stunden, verjage den Dämon des Selbstmordes von einem leidenden Menschen."

Katja fühlte sich außerstande, diesem Manne irgend etwas zu verweigern. Sie überlegte, daß sie Mrs. Deboshire ebenso gut um vier Uhr erreichen würde. Mit diesem Gedanken stand sie von der Bank auf, nahm den dargebotenen Arm, die andere Hand diente dazu, den Sonnenschirm über dem Kopf des leidenden Unbekannten zu halten.

„In Augenblicken des Leids, werter Herr," belehrte sie ihn mit fester, obzwar freundlicher Stimme, „ist das wichtigste, die Ornamentierung nach der Gesellschaft. Wenn Sie sich auf die rechte Weise ornamentieren, dann überzeugen Sie sich, daß es außer Ihnen noch andere Menschen gibt, noch sehr sehr viele Menschen, die ihre eigenen Leiden und Freuden haben. Das beruhigt und erweitert den geistigen Horizont."

„Sie haben recht," murmelte dumpf der Unbekannte, „gehen wir dorthin, wo wir die Gesellschaft treffen. Fahren wir mit einem Dampfer nach dem Bornevill-Wald."

Mrs. Wassilow war niemals im Bornevill-Wald gewesen und wußte daher nicht, ob es dort eine Gesellschaft gab. Nichtsdestoweniger schmeichelte es ihr sehr, daß ihre Worte auf diesen unglücklichen Menschen eine solche durchschlagende Wirkung ausübten.

Sie bestiegen einen Dampfer und passierten bei anregender Unterhaltung zwei Haltestellen; Neuport war schon hinter ihnen, sie fuhren nach Sweton zu. Während der Fahrt bevorzugte Katja Thematos, die einem nach Bildung strebenden Menschen von Nutzen sein konnten. Zum Beispiel: welche Art Wesen im Wasser und welche auf dem Trockenen lebten, ob die Fische Flügel hätten und die Vögel Schwimmhäute; wer die Dampfheizung erfunden hätte und warum die Häuser mit einer Dampfheizung stillständen, während die Dampfer sich bewegten. Einige Male mußte sie ihre ganze Autorität aufbieten, um den Unbekannten von seiner Absicht abzubringen, über Bord zu springen.

An der dritten Haltestelle stiegen sie endlich vom Dampfer. Der Ort war ziemlich menschenleer. Hier begannen die Bergwerke von Rockefeller; man sah von Sträuchern bewachsene Hügel, Felsen, einen kleinen, finsteren Wald.

Mrs. Wassilowa zuckte ängstlich zusammen.

„Wohin führen Sie mich?" flüsterte sie unruhig, als der Unbekannte sie direkt in diesen Wald führte, der die stolze Bezeichnung „der Wald von Bornevill" trug. „Was wollen Sie von mir, lieber Herr? Hier scheint es keine Gesellschaft zu geben und nicht einmal Menschen?"

Aber der bisher so angenehme Begleiter verwandelte sich plötzlich. Seine trüben Augen belebten sich, der magere Körper wurde straff, seine Muskeln schienen auf einmal aus Stahl zu sein. Er sah sie scharf an und schleppte sie, ohne ihre Fragen zu beantworten, in den Wald. Eine seltsame Schwäche befiel Mrs. Wassilowa. Ihre Hände und Füße schienen sich mit Blei zu füllen, im Mund war es bitter, im Kopf breitete sich ein unbegreiflicher Nebel aus. Sie dachte nicht mehr, sie folgte nur dem Triebe, den Wald zu erreichen. An der ersten Espe angelangt, sank sie ins Gras.

„Ich fühle mich so schlecht," flüsterte sie leise, „mir ist so übel..."

Der Unbekannte brachte eine Schachtel mit runden, hellblauen Pillen zum Vorschein und reichte sie Katja. Fast mechanisch nahm sie ein Kügelchen und legte es sich in den Mund. In der nächsten Sekunde durchzuckte sie ein furchtbarer Krampf, und die Unglückliche stürzte kopfüber in einen Graben. Der Mann sprang ihr nach, überzeugte sich, daß sie tot sei und bedeckte den Körper mit trockenem Reisig.

Dann warf er prüfende Blicke um sich, trat hinter einen Baumstamm und verschwand. Alles blieb öde und leer wie vordem. Die Espen raschelten. In der Hudson-Bay lag ein einsamer, mit Holz beladener Kahn.

Dr. Lepsius sieht die Hand.

„Toby," rief Dr. Lepsius, in sein Zimmer tretend, „wo steckt dieser schläfrige Fisch, dieser Pinguin, dieser ekelhafte Mulatte, diese Mumie. Toby! — Toby!"

Der schweigsame Mulatte tauchte von irgendwoher auf und stand nun vor dem Doktor mit dem Ausdruck der grenzenlosesten Gleichgültigkeit.

„Toby, nimm den Schlüssel. — wir gehen zu Sr. Majestät, Bugas dem Einunddreißigsten. Und wenn du wie ein kreperierter Fisch mit offenem Maul schlafen wirst, dann stecke ich dir Pulver in den Schlund und bringe dich mitsamt deinen Eingeweiden zur Explosion!"

Dr. Lepsius war schon den ganzen Tag in schlechter Stimmung. Seine Wirtschafterin, Miß Smoll, erklärte ihm, daß sie sich einen neuen Hörapparat aus Deutschland verschrieben habe und daß sie jetzt — dem Himmel sei's gedankt — ebenso gut hören könnte wie alle anderen Menschen. Miß Simon gab sogar dem Doktor zu verstehen, daß sie sich jetzt als heiratsfähig betrachte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Neuauflage der Aufwertungsfrage.

Die uferlosen Aufwertungsversprechungen der berufsmäßigen Bauern- und Gimpelfänger haben auch im letzten Wahlkampf wieder ihre Wirkung getan. Eine ganze Reihe von schwarz-weiß-roten und schwarz-rot-gelben Berufsdemagogen verdanken ihren skrupellosen Aufwertungsversprechungen erneut ihr Abgeordnetenmandat. Und gewannen so wiederum ein Sprungbrett zu allen jenen politischen und privatgeschäftlichen „Aufstiegsmöglichkeiten", die der kapitalistische Berufsparlamentarismus auch in der glorreichen Ebertrepublik in Hülle und Fülle für Schiebernaturen jeder Art darbietet.

Nun ist, genau wie nach dem 4. Mai, der Augenblick der Bezahlung der Zeche gekommen. Der Aufwertungsausschuß der im alten Reichstag unzählige Dauersitzungen zur Bemäntelung des im Wahlkampf verübten schamlosen Volksbetrugs abgehalten hat, ohne einer praktischen Lösung der Aufwertungsfrage auch nur um einen Schritt näher zu kommen, hat jetzt im neugewählten Reichstag seine fröhliche Auferstehung gefeiert. Und mit ihm beginnt aufs neue die alte widerliche Aufwertungskomödie der parlamentarischen Berufsdemagogie.

Gleich nach der Wahl, und zwar schon am 18. Dezember 1924, brachten die neugewählten schwarz-weiß-roten Aufwertungsdemagogen einen Antrag auf Aufhebung der Ebertschen Ausnahmeverordnung vom 14. Dezember ein. Diese Verordnung wendete sich gegen die Versuche der bürgerlichen Gerichte, den in der dritten Steuernotverordnung festgelegten Aufwertungssatz von 15 Prozent für Obligationen, Pfandbriefe und Hypotheken zu überschreiten.

Am gestrigen Dienstag ist nun der neue Aufwertungsausschuß zur Beratung dieses deutschnationalen Antrags zusammengetreten. Und schon begann wieder das alte Spiel und Gegenspiel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Volksbetrüger. Statt energisch den Kern der Sache anzugreifen, und zu beraten über die Frage: wie man den schamlos ausgeplünderten kleinen Sparer und Kleinrentner vor dem sozialen Verkommen schützen will, begann man sofort eine stundenlange formal-juristische Disputation darüber, ob die Ebertverordnung rechtsgültig sei oder nicht. Alle Parteien bis auf die Kommunisten plädierten für ihre Rechtsgültigkeit und sofortige Aufhebung, ohne jedoch auch nur mit einem Worte zu sagen, was nun wirklich geschehen soll. Auch der Sozialdemokrat Keil war aus Konkurrenzgründen gegen die Deutschnationalen für diese Demagogie, die dem Berufsspekulantentum an der Börse wieder neue Millionen Kursgewinne in die Tasche schieben wird. Nur die Kommunisten widersetzten sich energisch dem neuen geplanten Volksbetrug. Namens der Kommunistischen Fraktion nagelte Genosse Koenen den neuen Schwindel fest und konstatierte die unausbleibliche Wirkung der auch von den Sozialdemokraten geforderten Annahme des deutschnationalen Antrags zugunsten der Spekulation. Um diese Spekulation zu hintertreiben, begründete er den alten Aufwertungsantrag der Kommunistischen Fraktion, der die einzig mögliche und einzig praktische Lösung der Aufwertungsfrage zugunsten der kleinen Sparer und Kleinrentner bringt. Nach diesem Antrag sollen die kleinen Sparer, Kleinrentner, Obligations- und Hypothekenleute, die entweder krank oder erwerbsunfähig, oder 55 Jahre alt, oder noch in der Berufsausbildung begriffen (Mündel) und selbst nicht über ausreichende Unterhaltsmittel verfügen, **aus Reichsmitteln bis zu ihrem Lebensende bezw. bis zur Beendigung der Berufsausbildung eine dem Existenzminimum laufende Unterstützung erhalten.** Die dazu erforderlichen Geldmittel sollen durch Besteuerung des Besitzes und insbesondere durch starke Heranziehung der Inflationsgewinnler aufgebracht werden.

Dieser Antrag war den Aufwertungsdemagogen aller Parteien höchst unangenehm. Zwang er sie doch, zur Sache selbst Stellung zu nehmen, was sie um jeden Preis verhindern wollten. Sie suchten ihn mit den dümmsten formal-juristischen Scheingründen zu bekämpfen, welcher Versuch jedoch vom Genossen Koenen scharf zurückgewiesen wurde. Einer direkten Beschlußfassung über den kommunistischen Antrag wollte man um jeden Preis, sogar durch das Mittel der Vertagung ausweichen. Aber von den Parteien wollte sich niemand finden, der diesen Vertagungsantrag stellte. Alle Aufforderungen des deutschnationalen Aufwertungs-Oberdemagogen Dr. Steiniger zur Stellung des Vertagungsantrages scheiterten an der Angst der Beteiligten vor dem Odium der neuen Verschleppungspolitik. Schließlich mußte ein kleiner Regierungsvertreter den Sündenbock für die Vertagung spielen. Unter dem Vorwand, daß die neue Reichsregierung bis zum Dienstag nächster Woche ihre Stellungnahme zur Aufhebung oder Umgestaltung der Ebertverordnung präzisieren werde, wurde dann mit den Stimmen sämtlicher Parteien gegen Kommunisten und Sozialdemokraten die sehnlichst erwünschte Vertagung beschlossen.

Diese erste Sitzung des Aufwertungsausschusses bildete somit einen würdigen Auftakt für den neuen Aufwertungsbetrug der Bourgeoisie und ihrer Helfershelfer. Die Kommunisten werden jedoch die Schwindelmanöver der Aufwertungsdemagogen zu durchkreuzen wissen und sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die enteigneten Arbeiter- und Mittelstandexistenzen durch wirksame Unterstützungsmaßnahmen **vor dem Verhungern geschützt**, zugleich aber auch die Hoffnungen der **blutsaugerischen Börsenspekulation** zuschanden gemacht und die Kosten für die von uns verfochtene soziale Aufwertung restlos auf die Schultern der Besitzenden und insbesondere der Inflations-Raffles gewälzt werden.

Die Zersetzung in der II. Internationale.

Der Lügen-„Vorwärts" und seine englischen Freunde.

Von Observer, London.

Der „Vorwärts" vom 14. Januar (Abendausgabe) versucht, die Richtigkeit unserer Angaben über die Beschlüsse des Generalrats der britischen Gewerkschaften und die Brüsseler Sitzung der 2. Internationale zu bestreiten. Er tut dies in einer gefälschten Wiedergabe unseres Berichtes. Wir stellen nochmals fest, daß der Generalrat der britischen Gewerkschaften in seiner Sitzung vom 29. Dezember 1924

einstimmig den Bericht und die Haltung der nach Rußland gesandten Delegation billigte.

Er beschloß ferner, für eine Weltkonferenz ohne Bedingungen zwecks Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale einzutreten. Der deutsche sozialdemokratische Parteivorstand und der Bundesvorstand des ADGB. sind von dieser Tatsache genau unterrichtet. Oder will Crispien bestreiten, daß er von diesem Beschluß Kenntnis auf der Sitzung in Brüssel erhielt?

Wir sind heute in der Lage, einige andere Tatsachen mitzuteilen, die ein grelles Licht auf die Zersetzung in der 2. Internationale werfen. Die deutschen Sozialdemokraten fürchten den, wie sie sich ausdrücken, „bolschewistischen-freundlichen" Einfluß der englischen Arbeiterbewegung auf die 2. Internationale. Für die verlumpte deutsche Barmat-Sozialdemokratie ist die reformistische Labour Party bereits eine bolschewistenfreundliche Partei. Darum machten die Crispien und seine kontinentalen Freunde auch den Vorschlag,

den Sitz der 2. Internationale von London nach einem anderen Land zu verlegen.

Die Engländer, ohne deren Geld nach dem Versiegen der Barmatquelle die ganzen Büros der 2. Internationale ihre antibolschewistische Tätigkeit erheblich einschränken müßten, wehrten sich dagegen und die anderen, obgleich in großer Mehrheit, wagten nicht, ihre eigenen Vorschläge zum Beschluß zu erheben. Stimmt dies, Herr Crispien?

Neben der Gewerkschaftsfrage kamen die Gegensätze zwischen der englischen Delegation und den Barmat-Sozialdemokraten in einer anderen politischen Frage scharf zum Ausdruck: **in der Debatte über das Genfer Protokoll.** Welches ist der entscheidende Gegensatz in dieser Frage? Die kontinentalen Sozialdemokraten, allen voran die deutsch-französische Garde, will den Völkerbund zu einem Instrument des **Kampfes gegen Sowjetrußland** ausbauen.

„The New Leader", das Organ der ILP., vom 16. Januar, teilt mit, daß ein Antrag der britischen Vertreter, der dies verhindern sollte, abgelehnt wurde. Nur die britischen Delegierten stimmten für den Antrag, der lautet: **„Wenn Rußland sich weigert, dem Völkerbund beizutreten, so soll das Protokoll nicht anwendbar sein in Streitigkeiten mit Staaten, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben."** Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Engländer, für **eine Revision der Friedensverträge zu wirken.** „The New Leader" spricht offen von der „furchtbaren Gefahr, die das Protokoll in den Händen der Sieger oder als Instrument eines Weltkrieges mit Rußland" darstellt.

Wir haben bereits Versuche in dieser Richtung in der Georgischen Frage erlebt. Die Stellungnahme der britischen Delegierten ist also gleichzeitig eine — wenn auch schwache — Stellungnahme gegen die Politik Macdonalds. Die französischen Delegierten vertraten natürlich den Standpunkt ihrer Bourgeoisie. Für sie gab es nur folgende Lösung: Protokoll oder gegenseitiger Garantievertrag oder Bündnisse zwischen einzelnen Mächten.

Zum Schluß die Annahme einer Resolution (bei Stimmenthaltung der Briten), die die Arbeiterklasse mit einigen pazifistischen Phrasen zu täuschen versucht.

Eine andere Frage an Herrn Crispien. Ist es nicht Tatsache, daß die britische Delegation sich gegen die Stellungnahme zu dem Aufstand in Estland wandte? Ist es nicht Tatsache, daß auf die Einwendungen der Briten eine Resolution, die den Aufstand verurteilte und die Maßnahmen der estländischen Sozialdemokraten rechtfertigte, zurückgezogen wurde? Das hinderte natürlich die 2. Internationale nicht, als Verbreitungsagentur für die estländischen Henker zu dienen gegen den Willen der englischen Vertreter.

Zum Schluß wollen wir zitieren, was „The New Leader", ein sozialdemokratisches Blatt, sagt:

„Viel mehr Zeit wird auf Anklagen der Bolschewiki verwendet, als in Diskussionen über Sozialismus oder in Angriffen gegen den Faschismus. Diese Tendenz wurde unglücklicherweise in der öffentlichen Versammlung im Maison du Peuple hervorgehoben, wo Vandervelde, Tseretelli, Crispien und Longuet, einer nach dem anderen, die Gelegenheit zu unnötigem Betonen der bolschewistischen Gefahr mißbrauchten. Dies ist zu einer richtigen Besessenheit geworden und muß aufhören. Trotz aller Sympathien für die verfolgten Sozialdemokraten Rußlands oder mit Flüchtlingen von Georgien, wird der unkluge Einfluß der russischen und georgischen Emigranten, Tseretelli und Abramowitsch und anderer, rapide zu einer Gefahr für die ganze Struktur" (der 2. Internationale. D. Red.).

Die Ursache der Stellungnahme der englischen Menschewisten ist natürlich die Erkenntnis, daß die Politik ihrer Freunde auf dem Kontinent geeignet ist, den Einfluß der 2. Internationale in England zu untergraben. Wir raten dem Parteivorstand der SPD., sofort ein Protestschreiben gegen die Angriffe des „New Leader" an das Sekretariat der 2. Internationale zu senden, wie er ja schon einmal gegen die Schreibweise des „Daily Herald" an derselben Stelle Protest erhob, als das Blatt sich gegen die Klassenjustiz in Deutschland wandte.

An die sozialdemokratischen Arbeiter aber richten wir die Aufforderung, sich von einer solchen Partei zu trennen. Für die Arbeiterbewegung gibt es keine gefährlichere Bande als die Führer der SPD.

Ein Reinfall der Thüringer Justiz.

Der jetzige Reichstagsabgeordnete Dr. Neubauer wurde von der Oberreichsanwaltschaft wegen eines angeblichen Planes auf die Landespolizeikaserne in Weimar verfolgt. Der Thüringer Landtag hat die Immunität Neubauers aufgehoben.

Bei der damaligen Landtagsverhandlung verschwanden ganz plötzlich die Strafakten gegen Neubauer. Trotzdem es sehr wahrscheinlich ist, daß bei diesem Aktendiebstahl die Faschisten ihre Hände im Spiele hatten, verhaftete man den Genossen Walter, Sekretär des Bundes der schaffenden Landwirte. Walter war seinerzeit als Gast im Landtag.

Nachdem nun der Genosse bereits ½ Jahre in Untersuchungshaft zugebracht hatte, mußte ihn das Weimarer Amtsgericht freisprechen. Der Freispruch wurde damit begründet, daß dem Genossen Walter weder die Täterschaft noch die Begünstigung bei dem Aktendiebstahl nachgewiesen werden konnte.

Auch die SPD. unter dem Fallbeil der Klassenjustiz!

Der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung", Ernst Frenzel, mußte sich vor dem Leipziger Schöffengericht wegen Beleidigung der Reichswehr verantworten.

Die Beleidigung wird in einem Artikel, der die Ueberschrift „Reichswehrminister Geßler und die Geheimverbände" trägt, Der betr. Artikel gab die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Arzt im Sächsischen Landtag über die Reichsexekution gegen Sachsen wieder.

Frenzel war bereits in der ersten Instanz zu 2 Monaten Festungshaft verurteilt worden. Die Berufungskammer hob dieses Urteil auf und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten!

HAMBURG AUF DEN BARRIKADEN

Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923

Von Larissa Reissner.

7 (Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.)

Eines der Panzerautos stürzte blind in eine stille menschenleere Straße hinein. Es macht halt um etwas an seinem Menismus zu reparieren. Im nächsten Augenblick wächst eine Barrikade vor ihm auf. Das Auto macht kehrt — abgehackte Bäume kreuzen schon hinter dem Wagen ihre Wipfel auf dem Straßenpflaster.

Der Panzerwagen Nr. 14 bewegt sich vorsichtig unter einer Eisenbahnbrücke. Ein Chauffeur und fünf Mann Sipo sitzen in ihm. Hinter einer Kneipe, hinter der Ecke, man weiß nicht woher, aber aus nächster Nähe, fällt ein Schuß und dann noch einer. Der Chauffeur ist tot, auch einer der Sipoleute. Burschen aus dem Jugendbund schlagen den Panzerwagen kurz und klein.

Die eigentlichen Kämpfe dauern den ganzen Dienstag an. Die ersten Attacken beginnen gegen 11 Uhr vormittags. Am hartnäckigsten spielen sie sich an der Von-Essen-Straße ab und längs der Barrikadenlinie, die sich von beiden Seiten dem Eisenbahndamm zuwendet. Die Polizei stürmt den Bahnhof. Ihre Abteilungen laufen den Bahndamm entlang, um die Kämpfer von oben zu vertreiben. Der erste und zweite Hinterhalt lassen sie ungeschoren vorbeilaufen. Vom dritten überschüttet sie ein mörderisches Feuer. Man schießt nicht nur hinter den Deckungen hervor, sondern auch von allen umliegenden Dachböden. Die Schützen sind auf den Dächern verstreut, halten ganze Straßen, die wichtigsten Kreuzungen und Plätze unter Feuer.

Unten ist ein Schützengraben und eine Barrikade. Sie hält sich schon einige Stunden. Eine Abteilung Sipo greift immer erbitterter an. Da ertönt ein Schrei von oben:

„Die Barrikade frei!"

Die Leute wissen nicht, was los ist. Ein noch junger Arbeiter von 23 Jahren, offenbar verwundet, — seine Schulter ist blutig, der Hals und die Hüfte ebenfalls, steigt zu ihnen hinab. Er befiehlt, die Barrikade zu räumen, da die auf dem Dach liegenden Aufständischen bei der Beschießung der Sipo ihre eigenen Leute zu gefährden fürchten. Der Arbeiter verschwindet wieder im Hauseingang, und einige Minuten darauf zwingt das Feuer von den Dächern die Polizei, sich zurückzuziehen.

Noch eine Barrikade, die stundenlang den hartnäckigsten Widerstand leistete. Von oben, von den Dachböden steigen viele einzelne Schützen herab. Von ihrem Beobachtungsposten aus haben sie schon von weitem das Nahen des Panzerwagens bemerkt und beschlossen, daß es besser sei, den Wagen von unten anzugreifen. Einem von ihnen gelang es, mit einem glücklichen Schuß den Kühler zu treffen: die Maschine ist defekt. Die Schützen kehren wieder in ihren Taubenschlag zurück.

Indessen werden die Kämpfe am Bahnhof immer heißer. Den Arbeitern gelingt es nicht nur, einige feindliche Kolonnen von dem Bahndamm zu vertreiben, — sie versuchen auch selbst zum Angriff überzugehen. Aber der freie Platz vor dem Viadukt wird von Panzerwagen beschossen. Es ist unmöglich, ihn zu passieren. Da beginnt ein Wald von mächtigen Baumstämmen aus dem nächsten Holzlager sich in Bewegung zu setzen, ungeheure Balken schieben sich immer mehr vor, bilden eine Mauer, hinter der die Schützen ihre methodische Arbeit fortsetzen.

Zur selben Zeit beginnt unten die erste Massenattacke. Zwei Panzerwagen decken sechs Lastautos, die eine ganze Wolke von Grünen auf dem Pflaster abladen. Dieser Gruppe gelingt es, einen Genossen von einer Abteilung abzuschneiden und nicht nur das: Ein Genosse, der seine Kämpfer um 200 Meter überholt hat, gerät in Gefangenschaft. Man durchsucht ihn und stößt ihn in einen Raum des Bahnhofs ein. Wenn die Polizei gewußt hätte, daß sie in diesem schmächtigen Mann mit den harmlosen Augen eines, der unvorsichtigerweise sich die Barrikaden ansehen wollte, die Seele des ganzen Aufstandes in ihren Händen hatte! — Von seinem Fenster aus unternahm er eine Generalprüfung der gegnerischen Kräfte. Erregte Haufen Polizisten zogen an ihm vorüber, sie munterten sich mit Schießen und Schreien auf, stürzten alle vier Schritte auf den Bauch, hinter den phlegmatischen Panzerwagen, — einige Meter hinter dieser ihrer „Avantgarde". Endlich verschwanden die letzten Grünen mit krampfhaftem Schreien in den öden Straßen der aufständischen Vorstadt — in diesen seltsamen, vollständig leeren, jedes Lebenszeichen baren, von ihren Bewohnern und Verteidigern wie verlassenen Straßen. Vier qualvolle endlose Stunden dauert das Warten. Gegen 5 Uhr nachmittags flutet die Welle der Truppen und der Polizei lärmend zurück. Ihre Verluste sind ungeheuer.

Was bedeutete diese Stille, die ab und zu vom Aufschlagen eines Fensterflügels unterbrochen wurde, aus dem eine weiße Flagge herausgehängt wurde — die Bitte, einem Verwundeten oder Sterbenden zu Hilfe zu kommen.

Indessen ist das schweigsame Barmbeck, auf das sich die Dämmerung wie ein nebliges Bettuch senkt, — in aller Stille in zwei Hälften zerschnitten worden. Anderthalbtausend Mann regulärer Truppen schneiden das nördliche Barmbeck von dem südlichen ab. Die Stützpunkte — die Wagnerstraße, das Revier Nr. 46, der Bahnhof Friedrichstraße, Pfennigsbusch strecken in der Dunkelheit geräuschlos einander die Arme entgegen. Wie es eine Polizeikette zu tun pflegt, die eine harmlose Straßendemonstration zurückzudrängen sucht.

Und auf einmal ist der elastische Ring geschlossen, der mit Panzerwagen wie mit trüben Steinen geschmückt ist, dicht schließt sich der Kreis den Barrikaden an. Ein fester Knäuel schiebt sich vor die Kehle Barmbecks. Es ist wahr, unsere Posten sind noch auf ihren Plätzen. Aber die Tageszeit ist gegen sie. Der Gegner gewinnt mit jedem Tropfen der Finsternis, die die Nacht gemächlich in den dunklen zusammengekniffenen Rachen der Vorstadt eingießt.

Endlich sind die Weißen ebenso unsichtbar und also auch unverwundbar wie die Aufständischen. Aber ihrer gibt es viel mehr.

Eine der Straßen entlang, an ihren beiden Seiten, kriecht im Gänsemarsch eine Doppelkette von Patrouillen. An einem Hoftor packt der diese Kette führende Offizier einen mageren harmlos aussehenden Mann und richtet seinen Revolver gegen seine Brust. Und er sieht nicht den zweiten, der mit dem Gewehr in der Hand in die Dunkelheit zurückweicht. Zum zweiten Male hielten die Landsknechte die Feder des ungestümen Barmbek in ihrer Hand und ließen sie sich entgehen.

Eine halbe Stunde darauf gab er seinen Schützen den Befehl, zu verdusten, aus diesem Barmbeck zu verschwinden, das von einem Strom unsichtbarer Feinde umringt und erdrosselt war.

Ein jeder suchte sich selbständig seinen Rückzugsweg; die meisten nahmen den Weg über das Gebirge — über die Höhenzüge der Dächer, an den Abgründen dieser künstlichen städtischen Alpen vorbei. Am nächsten Morgen trafen alle 35 Mann im nördlichen Barmbeck zusammen, — sie beschlossen, sich auf den breiten Halbkreis des Eisenbahndamms zu stützen. Wieder stundenlange Kämpfe, Barrikaden und viele, sehr viele niedergeworfene Feinde. Fünfzig Büchsen fielen ihnen zu, — leider sind es nur Scheibenbüchsen aus dem naheliegenden Schützenklub. Drei Attacken werden zurückgeschlagen, drei Banden ziehen sich mit zerschlagenen Köpfen zurück. Die Roten kostet dieser Tag vier Leute. Vier ausgezeichnete Genossen; außerdem hat der alte Levin einen schweren Blutpreis bezahlen müssen. In seinem Garten wurden diese Knarren, diese Scheibenbüchsen aus dem Schützenverein gefunden. Der alten Frau Levin — in ihrem Häuschen mit den altmodischen Kommoden, mit dem Kater, einer weißen Ziege, mit dem Bilde des alten Liebknecht und einer fast hundertjährigen atheistischen Tradition — brachte man zuerst den blutbefleckten Mantel des alten Mannes und dann den vollständig verbluteten Körper.

(Fortsetzung folgt.)

Aus der Provinz

Die Weber.

Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
„Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterkälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft, gefoppt und genarrt —
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt —
Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht —
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,
Wir weben, wir weben!

Heinrich Heine.

Großer Faschistenaufmarsch in Haynau oder Wie reitet man das Vaterland?

Am Sonnabendabend sammelten sich in Haynau kleinere Trupps schwarzweißroter Jünglinge an bestimmten Plätzen. Es handelte sich um eine Reichsgründungsfeier des Stahlhelms, welcher einen Fackelzug angesetzt hatte. Gegen 7.45 Uhr konnte man auch von Konradsdorf her sich ein Flammenmeer auf Haynau zu bewegen sehen. Auf der Goldberger Straße und vor dem Volkshause hatte sich schon lange vorher eine Anzahl Kinder und Erwachsene eingefunden, um sich diese Harlekinade anzusehen. Immer näher hörte man die Klänge der Musik kommen und so mancher Anwesende dachte, es würde zu so später Nachtstunde noch ein Kriegervereinsmitglied begraben, das auf seinem letzten Wege gespielt haben wollte: Siegreich woll'n wir — wir dürfen's bloß nicht sagen, Armeemärsche usw. Vor dem Volkshause hatte zum Schutz die Polizei Aufstellung genommen. Der Fackelzug setzte sich aus allerhand bedenklichen, leicht zerbrechlichen Menschenmaterial zusammen, aus Kriegskrüppeln, Frontsoldaten, Saufbrüdern und jungen Gymnasiasten, die zum Schutze gegen etwaige Prügel noch einen ledernen Hosenboden hatten. Auch einige verirrte Proleten, die durch den Verrat der SPD. auf falsche Fährte geraten waren, konnte man im Zuge finden. Das Reichsbanner „Schwarz-rot-gold" war in Alarmbereitschaft und zum Schutze gegen etwaige Ueberfälle mit Windjacke und Reichsbannermütze bewaffnet. Der ganze Quatsch endete mit einer großen Sauferei, wo sich mancher als wirklicher „Held" gezeigt hat. Nachts konnte man die Großagrarier in ihren Autos und Wagen heimfahren sehen, während ihre Knechte und die kleineren Landwirte ein bis zwei Stunden weit laufen mußten. Für die Haynauer Arbeiterschaft aber kann es nur eins geben: bekämpft diese Kapitalistenbrut, tretet ein in die Kommunistische Partei, schickt eure Jugendlichen in die Kommunistische Jugend und bald wird der Tag der Weltrevolution kommen, wo diese Kapitalistenbrut beseitigt wird.

W. Z.

Der Bergwachtredakteur in Katerstimmung!

Manche Leute kommen vor Montagmittag nicht aus ihrem Säuferdusel heraus, den sie sich Sonntags angetrunken haben. Zu jenen Gestalten scheint auch der Redakteur der „Schlesischen Bergwacht" zu gehören. Selbiger schrieb am Montag, den 19. Januar, einen Artikel: Das Kinderfest der Kommunisten. Nach dem Zustande dieser Person nimmt es uns nicht wunder, wenn er von 150 Teilnehmern der Kundgebung berichtet. Wir empfehlen dem sozialdemokratischen Landrat Schütz, den Redakteur der „Schlesischen Bergwacht" als Hofnarr und Wahrsager anzustellen, damit er ihm vorhersagen kann, wieviel Schutzengel (Sipo) er für die Waldenburger „Kinder" braucht. Da die Säuglingsorganisation, genannt Reichsbanner, gegen größere Kinder sich als unfähig erwies, sah sich der Landrat Schütz genötigt, zwei Autos solcher „Schutzengel" anzufordern. Während es die Kommunisten für nötig erachteten, für die proletarischen politischen Gefangenen zu demonstrieren, hielt es die SPD. für notwendig, nach ihrer Generalversammlung ein gemütliches Beisammensein, verbunden mit Kaffeeklatsch, humoristischen Vorträgen und feuchtfröhlicher Stimmung mit einem kräftigen Prosit, die Amnestie zu fordern. Vielleicht hat Herr Landrat Schütz diese „Schutzengel" gebraucht, um so manchen SPD.-Bonzen, wenn andere schon längst des Nachts schlafen, in Ruhe und Besonnenheit nach Hause zu bringen. Vielleicht rufen die Herren Sozialdemokraten ihre Mitglieder zu einer Kundgebung auf. Ein Beispiel: der 1. Mai 1924, wo sich diese starke, schlagkräftige Partei in einem ganz versteckten Garten verkrochen hat, um ja nicht mit der Sipo in Berührung zu kommen. Wenn wir auch bei unserer Demonstration kein Geld verdienen, um sich den nächsten Tag von den Arbeitergroschen zu besaufen (siehe Gewerkschaftsfest), so sind wir, trotz der „Schlesischen Bergwacht" immer noch nicht tot, sondern sehr lebendig, und das bewegt auch so manchen treuen SPD.-Mann, doch den Kommunisten ihre Stimme zu geben. **Siehe die Stadtverordnetenvorsteherwahl in Waldenburg.**

Kapitalistische „Wohltätigkeit".

„Der Wohltätigkeit sind keine Schranken gesetzt ....." so prankt immer wieder ein Plakat an der Kasse irgendeiner Wohltätigkeitsvorstellung. Davon zwei Beispiele: Am 3. Advent ist in Friedeberg a. Qu. ein Wohltätigkeitsfest des evang. Männer- und Jünglingsvereins. Natürlich unter persönlicher Leitung der hohen Geistlichkeit. Eintritt für die ganze Chose 1,50 Mk. Der Saal ganz gerammelt voll — Hautevolee. Da der Eintritt zu billig, hausiert man noch mit sogenannten Wohlfahrtsmarken, das Stück zu 80 Pfg. Die Theatermitwirkenden, meist alles junge, unbemittelte Leute, erhalten von der hohen Geistlichkeit für ihre Mühe eine — Tasse Bohnenkaffee, den sich ein jeder zum Schluß selbst bezahlen muß. So übt die Bourgeoisie Wohltätigkeit, an der Spitze die schwarzen Kanzelprediger.

Zweites Bild: Am 18. Januar eine Wohltätigkeitsveranstaltung für „Arbeiter". Eintritt 80 Pfg. (Erwerbslose frei). Der Saal ist gut besetzt, meistens von der arbeitenden Klasse; nur ab und zu sah man einige Handwerker oder Kaufleute sitzen, die es sich nicht nehmen ließen, die Armen der Stadt mit zu unterhalten. Sofort nach der Theateraufführung verläßt alles, was sich Bourgeois schimpft, stürmisch den Saal, um ja nicht mit den Arbeitern in Berührung zu kommen. Nur an einem Tisch blieben drei Familien hiesiger Geschäftsleute, ausharrend bis zum Schluß. Und gerade diesen hat es sehr gut gefallen.

Arbeiter, merkt ihr denn nicht, wie's zugeht? In euren Kreisen können die Gewerbetreibenden nicht weilen, aber heute seid ihr wieder gut genug, euren sauer verdienten Wochenlohn hinzutragen. Merkt euch die, welche euch unterstützen, und auch die andern, die sich euer schämen und nur euer Geld wollen.

Einige Arbeiter.

Breslau

Die Notstandsarbeiten in Leerbeutel

haben die kommunistischen Stadtverordneten zum Gegenstand einer Anfrage gemacht. Stadtverordneter Moser und Genossen stellten folgende Anfrage:

„Bei den Notstandsarbeiten, besonders in Leerbeutel, bestehen seit längerem Mißstände, die unbedingt beseitigt werden müssen. Ist der Magistrat bereit, Auskunft zu geben, wie er sich die Beseitigung der noch näher zu begründenden Mißstände denkt?"

Diese kommunistische Anfrage kommt in der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag zur Beratung. Unsere Genossen, besonders aber die Erwerbslosen und die Notstandsarbeiter, müssen in dieser Sitzung erscheinen, um den Forderungen unserer Genossen durch ihr Erscheinen Nachdruck zu verleihen.

In derselben Sitzung kommen noch einige andere Vorlagen, die allgemeines Interesse haben, zur Beratung. Der Magistrat will den konfessionellen Kindergärten weiterhin Zuschüsse gewähren und zwar in Höhe von 50 Prozent der bisher gezahlten Beträge. Dagegen lehnt er den zweiten Teil des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, die konfessionellen Kindergärten der Aufsicht von Schulärzten zu unterstellen, ab. Für die Gesundheit unterernährter, verelendeter Proletarierkinder, deren Mütter in Arbeit gehen, und tagsüber ihre Kleinen in den Kindergärten unterbringen müssen, hat der Magistrat natürlich kein Geld übrig. Hier müssen unsere Genossen das Verhalten des arbeiterfeindlichen Magistrates gehörig brandmarken. Denn in der gleichen Sitzung wird den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, nach welcher der Stadttheater-G. m. b. H. 170000 Mk als Zuschuß für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1925 gezahlt werden sollen. Also: für Untersuchung kranker Proletarierkinder ist kein Geld übrig, für die Bourgeoisie, die sich den Besuch einer Opernvorstellung leisten können, hat man 170 000 Mark übrig!

Erwerbslose und Notstandsarbeiter müssen durch ihr zahlreiches Erscheinen in der nächsten Stadtverordnetensitzung dem kapitalistischen Magistrat und der bürgerlichen Stadtverordnetenclique zeigen, wie sie über derartige schamlose Vorlagen denken.

Alles kriecht zu Kreuze.

Wahrscheinlich um die Einheitsfront der Deutschnationalen und der russischen Sowjetrepublik zu konstruieren, bringt die „Volkswacht" in der Sonnabendnummer eine Notiz: „Die Lutherregierung respektiert die Sowjetfahne". Liebe „Volkswacht" nicht nur die Lutherregierung, respektiert die Sowjetfahne, sondern auch die frühere preußische Regierung des Herrn Severing ist vor der Sowjetregierung in der Angelegenheit des Ueberfalls auf die russische Botschaft auf dem Bauche gekrochen.

Wo hat sich ein Ententevertreter jemals über unkorrektes Handeln der Entente an Deutschland entschuldigt?

Promenaden-Theater. Das „Mädchen von Pontecuculi" interessiert durch Verbindung von Film und Operette. Die Photographien sind technisch hervorragend, die Handlung wird durch passende Musik unterstrichen, so daß man den etwas trivialen Inhalt der Filmoperette gern übersieht.

Aus der Geschäftswelt.

Die größten Feinde der Menschheit sind die Erreger der Infektionskrankheiten, die Bazillen und Kokken. Ein wirksamer Schutz gegen diese ohne Mikroskop unsichtbaren Lebewesen ist eine gute, reichliche Ernährung, die genügend Fett enthält, denn ein gesunder, richtig ernährter Körper bietet den Krankheitserregern keine Angriffsmöglichkeiten. In der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" wird Ihnen das für die Ernährung unentbehrliche Fett in idealer Form zu einem erstaunlich billigen Preis geboten. — Man beachte die Inserate: „Schwan im Blauband."

Verantwortlich für den gesamten Text: Erich Glückauf, Breslau; Inserate: Arthur Müller, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Theater

Montag, 26. 1. 1925

Stadttheater „Die Dame"

Lobetheater Erstaufführung „Die Frau des Diplomaten"

Thaliatheater „Können Sie nichts zu verzollen?"

Schauspielhaus „Gräfin Mariza"

Liebich-Theater „Unter Kosaken"

Viktoria-Theater „Die Frau im Hause"

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Täglich 7 Uhr:
Die neue Operettenbühne
Gräfin Mariza

Junger deutscher Verlag
Zweigbüro: Schlesien
Für die Breslauer Stadtbezirke Ost u. Nordost suchen wir noch einige fleißige und gute solide
Hausbriefträger
geg. hohe Entschädig.
Meldungen bei Max Zachmann, Breslau II, Schießwerderstr. 138.

Bettbezüge
Betten, Bettfedern stets gut und billig.
Leihhaus
Trebnitzer Straße 21.

Filmschau
(In die Woche vom 23.—29. Januar 1925)

Ufa-Theater „Drohnen — Arbeiter"
Tauentzien-Lichtspiele „Mine" — „Edle Blut"
Ab-Lichtspiele „Hell und Heiter"
Promenaden-Theater „Das Mädel vom Pontecuculi"
Beh-Lichtspiele „Mädchen, die man nicht heiratet"
Breslauer Weltbühne „Stimmungsmacher"
Jupiter-Lichtspiele „Das Fahrtenwunder"

Versammlungskalender.

Ortsklub. Dienstag, abends 7½ Uhr, im Restaurant Hiltmann, Kaiserstraße 20, Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Dr. Hirschfeld. Thema: „Die Sozialdemokratie und die Jugend". Gäste willkommen.

Bezirk Zentrum. Am Donnerstag, den 29. 1. 1925, abends 7 Uhr findet eine Bezirksversammlung statt, über „Der Sozialdemokratie entgegentreten muß". „Sehr wichtig!" Mitgliedsbücher mitbringen. Total Stadt. Ohm.

Andere Organisationen

Arbeiter-Wassersportler-Klub. Die Gruppe Breslau Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr Versammlung im Gutenberghaus, Kontinuierte.

Sportnachrichten

Freiheit. Arbeiter Athleten- und Ringerklub. Donnerstag, den 29. 1. d. Mts Vorstandssitzung im Restaurant Gewerkschaftshaus. Erscheinen aller in Frage kommenden Funktionäre.

Freie Turnerschaft. 4. Bezirksklub. Die Bezirksjahresversammlung findet erst am 30. 1. bei Kaiser, Zaunstraße 13 statt. Pünktlich um 8½ Uhr.

— Sonnabend, den 7. Februar abends 7½ Uhr Bezirks-Generalversammlung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung (E. V.)
Ortsgruppe Breslau.

Dienstag, den 27. Januar 8 Uhr abds. findet im Vortragssaale der Monistischen Gemeinde, Grünstraße 14/16 eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Pünktliches Erscheinen aller Mitglieder dringend erwünscht.

Der Vorstand
J. A.: Gabriel.

Einen neuen Leser, Genosse

Grosse Preis-Aufgabe
setuart — mieh — ckülg — nlelia
Für die richtige Lösung obigen Spruchwortes haben wir Preise im Gesamtwerte von
10000 G.-M.
ausgesetzt. Folgende Preise kommen zur Verteilung:
1. Preis: Eine Eßzimmereinrichtung
2. „ Eine Schlafzimmereinrichtung
3. „ Eine Herrenzimmereinrichtung
4. „ Ein Klavier.
5. Preis: Eine Nähmaschine. 6. Preis: Eine Waschmaschine. 7. Preis: Ein 4 Röhren-Radioapparat. 8. Preis: Eine Nähmaschine. 9. Preis: Ein Fahrrad. 10. Preis: Eine Gage. 11. Preis: Eine Klavielas. 12.—50. Preis: 40 Stück 12 Taschenuhren 51.—100. Preis: 50 Stück Füllfederhalter mit echt 14 kar. Goldfeder sowie eine grosse Anzahl Nützlicher Preise.
Gewinner einer obenpenannten Preise **ist jeder,**
der uns die richtige Lösung einsendet.
Die Preise werden unter Aufsicht eines hiesigen Notars verteilt. Für gewissenhafte Rückwegung bitte der Lösung 40 Pfennig beizufügen. Die geringen Versandkosten muß der Empfänger tragen. Die Einsendung muß sofort erfolgen und
verpflichtet Sie zu nichts.
Schreiben Sie sofort an:
Wita-Versand, W. Klages, Braunschweig Nr. 1053

Jeden ausländischen Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen

Amtl. Bekanntmachung von Weißstein.

Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter.

Die Anträge auf Legitimierung der im hiesigen Amtsbezirk beschäftigten ausländischen Arbeiter sind seitens der Arbeitgeber bis spätestens 28. Februar 1925 in Zimmer Nr. 5 des Amtsgebäudes einzureichen.

Die Erteilung des Befreiungsscheines ist unter den Voraussetzungen des Ministerial-Erlasses vom 16. 12. 1924 vom Arbeitnehmer bei der Polizeibehörde seines Wohnsitzes zu beantragen. Bei Stellung der Anträge sind die hierfür festgesetzten Gebühren von 2 bezw. 4 Reichsmark zu entrichten. Verspätet eingereichte Anträge unterliegen erhöhter Gebührenfestsetzung.

Die für das Jahr 1923 und 1924 ausgestellten Befreiungsscheine behalten ihre Gültigkeit auch für das Jahr 1925.

Weißstein, den 21. Januar 1925.

Der Amtsvorsteher.
W. Hertwig. 4

Die hervorragende Marke!

Aus innerem Wert heraus bricht sich das Gute Bahn. Tausend und aber tausend Hausfrauen haben den Wert der Feinkostmargarine „Schwan im Blauband" erkannt, deren gute Eigenschaften, köstliches Aroma, feiner Geschmack, beste Bekömmlichkeit und billiger Preis, höchste Ansprüche befriedigen.

Preis 50 Pfennig das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband frisch gekirnt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband" das farbig illustrierte Familienblatt „Die Blauband-Woche" gratis zu verlangen.

Beachtet unsere Inserenten!

Soeben erschienen:
Parteien und Klassen im Spiegel der Reichstagswahlen
Eine Studie über den Charakter der Parteien als Klassenorgane
Mit statistischem Material über die berufliche Schichtung und die Ergebnisse der Reichstagswahlen von 1907 bis 7. Dezember 1924
Emil Eichhorn
M. d. R.
Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umschlag versehen) und kostet 60 Pfg. Zu haben in der Schlesischen Verlags-Gesellschaft G. m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Abteilung Buchhandlung.

Die „Rote Hilfe" Deutschlands auf dem Wege zur Massenorganisation.

Mitten in den Vorbereitungen zum machtvollen Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen des Proletariats und gegen das Toben des deutschen Justizterrors vollzieht sich ein organisatorischer Prozeß, der nunmehr in den wichtigsten Bezirken des Reiches festere Formen angenommen hat.

Die „Rote Hilfe" ist auf dem Wege, eine stabile Organisation zu werden. Es ist notwendig, einen kurzen Rückblick auf die geleistete Arbeit zu werfen, um die gesammelten Erfahrungen auch in den übrigen Bezirken des Reiches zur Kenntnis zu bringen. Wir hoffen, daß dadurch der Aufbau der „Roten Hilfe"-Organisation beschleunigt wird und seiner Vollendung recht schnell entgegengeht.

Betrachten wir die geleistete Arbeit in der Vergangenheit, so sehen wir, daß die Verwirklichung des Gedankens, eine feste Organisation zu schaffen, nicht nur bei dem politisch aktiven Teil des revolutionären Proletariats Widerhall fand, sondern daß auch große Arbeitermassen, die dem politischen Kampfe in der Zeit der revolutionären Flaute etwas gleichgültiger gegenüberstanden, starkes Interesse für die Aufgaben und die Ziele der „Roten Hilfe" entgegengebracht haben. Die Erkenntnis bei diesem Teil des Proletariats ist nicht nur der Reflex unserer Propaganda, die wir in erfreulichem Maße in Wort und Schrift geleistet haben, sondern es ist das bewußte Verstehen des Proletariats, daß eine stabile Hilfsorganisation geschaffen werden muß, die den Zweck hat, den Opfern der politischen Kämpfe durch dauernde und unaufhörliche Unterstützung zu helfen um geschlagene Wunden vergangener Niederlagen zu heilen. Es ist die einfache Tatsache, daß jetzt endlich das Proletariat aus den bitteren Lehren der Vergangenheit gelernt hat, und daraus die Nutzanwendung für die Gegenwart zieht.

Unsere bisherige Arbeit bestand in der Hauptsache darin, den Gedanken der praktischen Solidarität für die Opfer der Revolution durch den Aufbau der Organisation in den Massen des Proletariats fest zu verankern.

In Rheinland-Westfalen sehen wir, daß wir dabei zu überraschenden Erfolgen gekommen sind.

Unsere Propaganda für die „Rote Hilfe" in der Parteipresse beeinflußt nur einen Teil des Proletariats und zwar den bewußt revolutionären. An große Teile der Arbeiterschaft kommen wir aber durch diese Art Propaganda leider noch nicht heran. Und doch ist es wichtig, gerade die Masse der Unorganisierten durch die „Rote Hilfe" zu erfassen. Denn unsere Organisation ist ja eine überparteiliche, d. h. sie ist ein Reservoir, in dem alle Arbeiter und Arbeiterinnen gesammelt werden sollen, die zur Klasse der Arbeiter gehören.

Durch welche Art der Propaganda und durch welche Mittel können diese Massen von der „Roten Hilfe" organisatorisch erfaßt werden? Bei Beantwortung dieser Frage muß man die Tatsache beobachten, daß in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen und in den Gesangvereinen und den unzähligen Geselligkeitsvereinen der Arbeiterschaft Millionen von Proletariern sind.

Diese Arbeiter können dadurch für den Kampf gegen die Klassenjustiz und für die praktische Solidaritätsarbeit der „Roten Hilfe" gewonnen werden, indem man versucht, und versteht, die genannten Organisationen zum korporativen Beitritt für die „Rote Hilfe" zu gewinnen. Wir stellten uns überall die Aufgabe, in diesen Verbänden und Vereinen den korporativen Anschluß zur „Roten Hilfe" zu finden. Dort, wo die Mehrheit der Mitglieder revolutionäre Arbeiter waren, wurde diese Forderung als eine selbstverständliche sofort befolgt. Nicht so glatt vollzog sich der Anschluß von Organisationen mit reformistischer Mehrheit oder starker Minderheit.

Hier löste der Antrag, korporativ zur „Roten Hilfe" überzutreten, eine sehr scharfe, aber doch fruchtbare Diskussion aus. Durch diese Diskussionen wurden aber die Arbeiter aus ihrem politischen Schlafe aufgerüttelt. Wenn bloß dieses erreicht worden wäre, wäre schon viel erzielt worden. Aber erfreulicherweise wurde nach Beendigung der politischen Aussprache in den meisten Fällen der korporative Beitritt zu unserer Organisation beschlossen. Die Organisationen und Vereine wurden dadurch aus ihrer spießbürgerlichen Versumpfung herausgerissen und legten durch ihren Beschluß ein Bekenntnis zur Klassensolidarität und zum Klassenkampfe ab. In sehr vielen Organisationen ist der Kampf für oder gegen die „Rote Hilfe" noch nicht abgeschlossen, aber erfreulicherweise ist das Ergebnis dieser Bewegung ein relativ gutes.

Zurzeit sind in Rheinland-Westfalen ungefähr 90 Arbeiterorganisationen als korporative Mitglieder der „Roten Hilfe" beigetreten. Ihre Mitgliederstärke ist mit 40 000 nicht zu hoch geschätzt. Neben der Gewinnung von korporativen Mitgliedschaften wurde natürlich noch größerer Wert auf die Bildung von fester Mitgliedschaft gelegt. Das Resultat unserer Organisationsarbeit zeigt, daß wir auf dem Wege sind, eine Massenorganisation zu schaffen. Der Bezirk Mittelrhein zählt zurzeit 8000 Einzelmitglieder, der Bezirk Niederrhein 18 000 und im Ruhrgebiet sind 12 000 Einzelmitglieder in der „Roten Hilfe" organisiert.

Der überparteiliche Charakter der „Roten Hilfe" und die feste, ideologische Verwurzelung unserer Organisation in den breitesten Arbeitermassen wird auch dadurch illustriert, daß sich bei künstlerischen Veranstaltungen und propagandistischen Kundgebungen, die wir veranstalteten, die Arbeiter-Kultur- und Sportverbände durch aktive Teilnahme für die Ziele der „Roten Hilfe" einsetzten. Diese Veranstaltungen hatten durchweg einen sehr günstigen materiellen Erfolg.

Besonders wichtig ist es, daß trotz des starken Unternehmerterrors auch die Belegschaften ganzer Betriebe lebhaftes Interesse für die „Rote Hilfe"-Organisation bekunden und sich dieser anschließen. Allerdings sind hier die Erfolge noch sehr bescheiden. Doch diese Frage ist von größter Wichtigkeit und ihr muß deshalb erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Auf was kommt es also an? Das Wichtigste ist für die nächste Zeit in allen Bezirken, daß in allen Vereinen und Organisationen, die von der Arbeiterschaft geschaffen wurden, eine intensive Kampagne für den korporativen Beitritt zur „Roten Hilfe" für eine ideologische Verankerung der „R. H." in den breitesten Arbeitermassen.

Neben dieser Tätigkeit muß in den Großbetrieben eine planmäßige Organisationsarbeit für die „R. H." durchgeführt werden. Sind diese Voraussetzungen dann geschaffen, so muß aus dem losen Verhältnis — korporative Mitgliedschaft — ein festes Verhältnis durch den individuellen Beitritt jedes einzelnen Arbeiters zur „Roten Hilfe" erzeugt werden. Jedem Genossen wird es einleuchten, daß nur feste Mitgliedschaften mit Einzelmitgliedern die Stützpunkte der „Roten Hilfe"-Organisation sein können.

Die Ortsgruppen der „Roten Hilfe" müssen selbstverständlich die Mitglieder zu Mitgliederversammlungen zusammenrufen. In diesen Versammlungen ist die Führung des Kampfes gegen die Klassenjustiz und die Organisierung der Hilfstätigkeit zu besprechen. Im Vordergrund steht jetzt die Besprechung und Organisierung einer großzügigen Winterhilfe für die politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen. **Die Orts- und Bezirkskomitees der „Roten Hilfe" müssen für die nächste Zeit ein konkretes Arbeitsprogramm aufstellen.**

Die Mobilisierung der Arbeiterschaft für den Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen und die Generalamnestie hat zur Voraussetzung, daß durch die „Rote Hilfe"-Organisation vor allen Dingen die Belegschaften der Betriebe aufgerüttelt werden. Die Betriebe wird man aber für den Kampf um so mehr interessieren können, wenn man es versteht, die Belegschaften zu veranlassen, für die politischen Gefangenen in den verschiedensten Gefängnissen sogenannte Patenschaften zu übernehmen. Die Patenschaften sind ein wichtiges Mittel, die eingekerkerten Genossen mit den Betriebsbelegschaften zu verbinden. Der innige Kontakt zwischen Eingekerkerten und den sich in Freiheit befindlichen Arbeitern ist eine notwendige Voraussetzung für die erfolgreiche Führung der Amnestiekämpfe. Durch das persönliche Verhältnis, welches dadurch geschaffen wird, wird es um so leichter sein, Betriebsdelegationen zu den Parlamentsvertretungen, den Justizbehörden und den Regierungen zu schicken.

Fassen wir zusammen: Voraussetzung für eine dauernde Solidaritätsaktion mit den Opfern des Justizterrors und Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf für die Amnestie ist eine planmäßige Organisationsarbeit für die „Rote Hilfe".

Heran an die Massen! Das ist unsere Losung! Und mit der Verwirklichung dieser Losung werden wir der „Roten Hilfe" helfen zum Wohle und im Interesse der gesamten Arbeiterklasse!

Kein Dreischichtensystem bei der Luther-Regierung

Die neue Verordnung von Brauns — ein glatter Wortbruch und Verrat an der Arbeiterschaft.

„Der Deutsche", das Zentrumsorgan von Stegerwald, meldet:

Der Reichsarbeitsminister hat unter dem 20. Januar die erwartete Verordnung über die achtstündige Arbeitszeit in Hochofenwerken und Kokereien in Kraft gesetzt.

Die neue Verordnung beschränkt sich:

a) in Kokereien (Zechen, Hütten und selbständigen Kokereien) auf diejenigen Arbeiter, die mit Arbeiten an den Koksöfen beschäftigt sind, einschließlich der unmittelbaren Zufuhr der Kohle zu den Oefen und einschließlich der unmittelbaren Abfuhr des fertigen Kokses von den Oefen;

b) in den Hochofenwerken auf diejenigen Arbeiter, die mit Arbeiten an den Hochöfen beschäftigt sind, einschließlich der unmittelbaren Zufuhr des Kokes, der Erze und der Zuschläge zu den Hochöfen und einschließlich der Abfuhr des flüssigen Roheisens von den Hochöfen oder der Entfernung des gegossenen Roheisens aus der Gießhalle.

Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 8 Stunden für Arbeiter, die in den bezeichneten Betrieben nur während eines Teiles ihrer Arbeitszeit beschäftigt sind, greift nur an denjenigen Tagen Platz, an denen der einzelne Arbeiter mit den genannten Arbeiten während des überwiegenden Teils seiner täglichen Arbeitszeit beschäftigt ist.

Die Bestimmungen der neuen Verordnung treten am 1. April 1925 in Kraft. Soweit infolge besonderer Umstände in einem Teil des Reichsgebiets die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten zu diesem Zeitpunkte ohne schwere Gefährdung der bezeichneten Gewerbezweige nicht gestattet, kann die oberste Landesbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers den Zeitpunkt des Inkrafttretens hinausschieben.

Diese Verordnung, diese „erste soziale Tat der Luther-Regierung", ist ein schamloser Wortbruch den Arbeitern gegenüber. Sie sagt in einem Schwall von Redensarten eingewickelt nichts mehr und nichts weniger als:

Es gibt keine drei Schichten, es gibt keinen Achtstundentag.

Sie ermöglicht nicht nur eine Hinausschiebung des Inkrafttretens des Dreischichtensystems, auf den St. Nimmerleinstag, denn alle Unternehmer werden für sich die „schwere Gefährdung" in Anspruch nehmen, sondern sie ermöglicht es auch den Unternehmern, die Arbeiter täglich nur zeitweise an Hochöfen und Kokereien und die übrige Zeit anderweitig zu beschäftigen. Und dann können nach der Verordnung diese Arbeiter 12 Stunden ausgebeutet werden.

Jetzt versteht man, warum die „DAZ." und alle Kapitalsblätter den Beschluß der Luther-Regierung so freudig als eine „soziale Tat" begrüßten. Sie kannten schon vor drei Tagen diese ganz in der Stille erlassenen Ausführungsbestimmungen. Und — was sagt jetzt der „Vorwärts", der so sehr jubelte und den „Erfolg" dem „Gewicht der 130 SPD.-Abgeordneten" zuschrieb und dabei auf die Unfähigkeit der „Weltrevolutionsmacher" Ruth Fischer und Scholem höhnte, die keinen solchen „Erfolg" erzielten?

Wir haben vom ersten Tage an gesagt, daß das Ende dieser ganzen Mache ein Verrat und ein Wortbruch gegenüber den Arbeitern sein wird, wenn diese nicht selbst in Aktion treten. Jetzt nach Bekanntwerden dieser Tatsache muß

ein Wutschrei der Empörung

durch die betrogenen Arbeitermassen der Schwerindustrie gehen. Sie müssen sofort in allen Bezirken zu dieser Schandverordnung Stellung nehmen und entschlossen den

Kampf um den Achtstundentag auf der ganzen Linie aufnehmen.

Der schlesische Städtetag des satten Bürgertums.

Am 23. cr. fand in Breslau ein Städtetag der Stadt- und Landgemeinden Schlesiens statt. Etwa 300 Teilnehmer füllten den Stadtverordnetensitzungssaal.

Oberbürgermeister Dr. Wagner leitete die Sitzung. Seine Begrüßungsworte waren ein Appell an das Bürgertum, sich zusammenzuschließen. Kein Wort von der miserablen wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Bevölkerung. Die Tagesordnung hatte dasselbe Gesicht. Schulfragen und Leibesübungsangelegenheiten waren die Seele des Tagesprogramms. Genosse Ziaja-Gleiwitz forderte in der Geschäftsordnung eine Aenderung der Tagesordnung. Unter anderem führte Ziaja folgendes aus:

Der Städtetag darf an den wichtigsten kommunalpolitischen Fragen nicht vorüber gehen. Die **Verelendung der proletarischen Schichten** erfordert, daß der Städtetag auch die Fragen der sozialen Fürsorge behandelt. Die große Wohnungslosigkeit verlangt gleichfalls von uns, daß die Frage der Bautätigkeit eine intensive Behandlung erfährt. In Oberschlesien hocken drei Arbeiterfamilien mit 15 Köpfen mitunter in einem Raum von 4:5 Quadratmeter. Die untragbaren Steuerlasten für den Kleingewerbetreibenden sind gleichfalls nicht zu übergehen und muß auch hier eine Aenderung vorgenommen werden. Wichtig ist auch vor allem, daß die Frage der Behandlung der politischen Gefangenen in den schlesischen Gefängnissen in unsere Beratungen eingeschlossen wird. Der Strafvollzugspräsident Humann ist anwesend. Wir haben also Gelegenheit, uns über diese Frage auseinanderzusetzen. Deshalb stelle ich den Antrag auf die heutige Tagesordnung folgende Punkte zu setzen:

1. Die Wohnungslosigkeit und die Bautätigkeit.
2. Die soziale Fürsorge.
3. Die Steuerfrage unter besonderer Berücksichtigung der Kleingewerbetreibenden.
4. Die Strafvollzugsfragen unter besonderer Berücksichtigung der politischen Gefangenen und ihre Trennung von den kriminellen Gefangenen.

Bei den Ausführungen des Genossen Ziaja über die Behandlung der politischen Gefangenen gerieten die Spießbürger in Aufregung. Sie mußten sich von Ziaja derbe Wahrheiten gefallen lassen. Bei der Abstimmung über die beantragte Tagesordnung stellte es sich heraus, daß die überwiegende Mehrheit sich aus einem übersatten Bürgertum zusammensetzte. Für den Abänderungsantrag stimmten etwa 30 Teilnehmer, die sich aus Kommunisten und Angehörigen des Mieterschutzvereins zusammensetzten.

Die Beratungen über die einzelnen Punkte der ursprünglichen Tagesordnung sahen der Mehrheit des Städtetages ähnlich. Die Referenten waren eingedrillt auf den nationalistischen Gedanken und auf die Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung. So sagte unter anderem ein Dr. Diener, der über die Leibesübungen sprach, man könne hunderttausend Reichswehrsoldaten ganz gut dadurch ersetzen, daß durch den Sport das junge Volk ertüchtigt wird. Es müsse gerade in Schlesien das Bestreben sein, den Befreiungsgeist, der vor hundert Jahren von Breslau ausging, zu stärken und zu fördern.

In einer Aussprache ging Ziaja in scharfer Weise gegen die Tendenz des Referats vor. Der Sport wird in den breiten Massen einen gesunden Resonanzboden finden, wenn die nötige Ernährung vorhanden ist. Diese wird nur möglich, wenn die hungernden Proleten die bestehende Gesellschaftsordnung über Bord werfen.

Die anderen Referenten, die über die Schulfragen sprachen, murkften an ihrem Programm herum, immer wieder mit der großen Sehnsucht auf monarchistische Zeiten. Die Schule ist bei ihnen die Grundlage der Ertüchtigung des nationalen Geistes.

Nachmittags um 3 Uhr liefen dann die Teilnehmer auseinander. Der Städtetag war zu Ende. Die bürgerlichen Teilnehmer haben sich sehr gut unterhalten. **Die Arbeiter können weiter hungern und verrecken, das war das Geschäftsprinzip und das Ende des Städtetages.**

Forderungen der Reichenbacher Erwerbslosen.

In der am 21. Januar in Reichenbach stattgefundenen Erwerbslosenversammlung sprach Genosse Scheffner über die Notlage der Erwerbslosen. Daß die Erwerbslosen arbeitslos sind, ist die Schuld des kapitalistischen Systems. Die Verlängerung der Arbeitszeit, Ausbau des Akkordsystems usw. Deshalb müssen wir den schärfsten Kampf der kapitalistischen Gesellschaft ansagen. Genosse Scheffner berichtet, daß der Gewerkschaftssekretär Kinner erklärt hat, **daß sich die Gewerkschaften nicht für die Erwerbslosen einsetzen werden, weil von den Erwerbslosen nur fünf Prozent organisiert sind.** Diese Aeußerung ist bei der Einreichung eines Weihnachtsgeschenkes gefallen. Genosse Scheffner wies zum Schluß darauf hin, daß es notwendig ist, in den Betrieben den Kampf gegen die Ausbeuter aufzunehmen, politisch wie gewerkschaftlich.

Genosse Scheffner legte einen Antrag den Erwerbslosen vor, der auch einstimmig angenommen wurde. An Stadt und Kreis wurde folgender Antrag gestellt:

1. Einmalige Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von fünfzehn Mark an jeden Erwerbslosen.
2. Unentgeltliche Abgabe von Bekleidung an die Kinder der Erwerbslosen sowie auch Kohle und Holz.
3. Inangriffnahme von Notstandsarbeiten bei Bezahlung des Tarifs nach dem Baugewerbe.
4. Kostenlose Zustellung eines Lokals oder einer Turnhalle für Erwerbslosenversammlung durch die Stadt.
5. Weitere Zahlung der Unterstützung an die ausgesteuerten Erwerbslosen.

Es wurde dann zur Wahl des Erwerbslosenrates geschritten, gewählt wurden die Genossen Scheffner, Vogt, Frenzel. Anwesend waren 230 Erwerbslose.

An die Ortsgruppen des Bezirks Schlesien.

Ab 1. Februar 1925 dürfen die Ortsgruppen nur die von der Bezirksleitung abgestempelten Beitragsmarken verkaufen und verwenden, alle anderen Marken müssen unter allen Umständen bis zum 10. Februar 1925 an uns zurückgesandt werden.

Die Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Sie sind einander wert!

In der am 16. Januar stattgefundenen Stadtverordnetensitzung in Hirschberg wurden u. a. drei Vertreter zum 9. Städtetag gewählt. Die Wahl fand unter dem Zeichen der großen Volksgemeinschaft statt. Die Deutschnationalen wählten den Sozialdemokraten Richter, die Sozialdemokraten den Deutschnationalen Beiersdorff, als Dritter im Bunde der Demokrat Ablaß und die heilige Dreieinigkeit ist fertig. Wohl bekomm's den SPD.-Arbeitern nach ihne frägt kein Mensch. Am Städtetag werden sich die drei die Hand reichen unter der Devise: „Wir sind einander wert, wir leben alle drei von den Knochen der Proleten."

Die Politisierung der Zellen.

Von A. M.

Was unsere Zellen und jedes einzelne Mitglied lernen muß.

Die Monate, die vor uns liegen, werden große Umschichtungen in der gesamten Bevölkerung bringen. Dafür sorgt unter anderem der Wahlausfall, der eine glänzende Illustration ist der Redensarten über die „Entscheidung" durch Wahlen. Noch mehr wird dafür sorgen die Kette von Krisen, die sich notwendigerweise durch die Dawesketten ergaben werden.

Deshalb ist es notwendig, daß jede Zelle und jedes Mitglied die Arbeitsmethoden überprüft und verbessert.

Wenn bei dieser „Entscheidung" — der Reichstagswahl — noch so viele **Arbeiter** ihre Stimmen der SPD. und den Deutschnationalen gaben, so nicht nur deshalb, weil sie „angeborene" Illusionen besitzen, sondern weil unsere Partei es noch nicht verstanden hat, diese Illusionen vernünftig zu bekämpfen. Wir haben durchaus richtige, grundsätzliche, klare Agitation und Propaganda betrieben, und das wird seine Zinsen mit Zinseszinsen tragen. Aber wir verstehen es offenbar noch nicht, individuell die Arbeiter, Kleinbauern, kleinen Beamten usw. zu bearbeiten.

Folgedes waren offenkundige Fehler unserer Arbeit: 1. Fallen unsere Genossen allzu leicht auf Suggestivparolen der Gegner herein. Wenn die die Losung ausgaben, daß die Kommunisten dieses Mal „aufgerieben" werden würden, so mußten wir überall zeigen, wie idiotisch diese Losung war: es sind doch Fragen der **Klassenverhältnisse**, der **Klassenlage**, der **Klasseninteressen**, die sich sogar in solchen Abstimmungen zeigen. Wir müssen deshalb **sofort** (eben des Wahlausfalles wegen) flipp und klar erklären, daß wir bei der **nächsten** Wahl, die sehr bald kommen kann, mindestens fünf Millionen Stimmen erobern wollen, **obwohl** wir wissen und laut sagen, daß solche Wahlen keine Entscheidung bringen. Wir müssen diese Voraussage begründen durch die Klassenkonflikte, die aus dem Dawesplan entstehen.

2. Wir sind **Gegner** des Parlamentarismus und sollen ihn unaufhörlich als Betrug entlarven. **Alle** anderen Parteien sind **parlamentarische**, kretinmäßig parlamentarische Parteien. Deshalb erzählen sie überall und ewig Märchen über parlamentarische Leistungen und Heldentaten. Unsere Genossen werden ihnen nur dann richtig entgegentreten können, wenn sie a) die **Tatsachen** wirklich kennen, woraus folgt, daß in jeder Zelle **ein** Genosse mit der Ueberwachung der parlamentarischen Komödien **speziell** beauftragt wird und daß **unsere** Parlamentsfraktionen regelmäßig Bericht erstatten, b) den **Mechanismus** des Parlamentarismus wirklich kennen, woraus folgt, daß **jede** Zelle sich darüber **grundsätzlich** orientieren muß, d. h. die marxistische **Lehre vom Staat** in Fleisch und Blut übernommen haben muß **und** dazu die heutigen **tatsächlichen** Verhältnisse (Parlament, Regierung, Exekutivapparat, Morgan-Kontrolle) konkret kennen muß (mit Namen, Art des Funktionierens usw.), c) **unsere** parlamentarische Tätigkeit **genau** kennt und zu **erklären** versteht.

3. Der Dawesplan erscheint noch vielen Arbeitern als ein „Ausweg". Es ist vollkommen sinnlos, **diese Arbeiter** usw. als „Dummköpfe" und „Verräter" anzufahren. Man muß ihnen **geduldig, konkret**, d. h. aus der täglichen Erfahrung, alle Wirkungen des Dawesplanes **zeigen**. Daraus folgt: a) daß jeder Genosse diesen Plan im allgemeinen genau **kennen** muß, b) daß jede Zelle im besonderen ihre individuellen Agitationsmethoden ausarbeiten muß, c) daß die einzelnen „Gegner" individuell behandelt werden müssen, was nicht Prinzipienlosigkeit, sondern Biegsamkeit der Arbeitsmethoden bedeutet.

4. Unsere Forderungen, Losungen und Lösungen dürfen nicht abstrakt, allgemein propagiert werden, sondern müssen so konkret aus dem täglichen Leben entwickelt werden, daß sie leicht begriffen werden. Daraus folgt: a) daß jede Zelle unsere Losungen **genauestens** durchberaten muß, d. h. sie bis in ihre Wurzeln zerlegen, zerfasern und wieder **zusammensetzen** muß, c) mit diesen Methoden an die Arbeiter usw. individuell heranzukommen lernen muß: im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Hause usw.

Alles das zusammen ergibt, daß unsere Zellenarbeit in ein neues Stadium treten muß: das Stadium **gesteigerter politischer** Arbeit mit gut durchdachter **Arbeitsteilung** (ein ständiger Referent aus der Zelle über innerpolitische Ereignisse, einer über außenpolitische, einer über SPD., einer über die anderen Gegner, über wirtschaftliche Lage, gegnerische Organisationen usw.). Die Zellen **müssen** wöchentlich mindestens einmal regelmäßig kurze sachliche **politische** Sitzungen abhalten mit den kurzen Referaten der ständigen Referenten über ihre Gebiete mit Zusammenfassung. Die **Zellenleitungen** müssen diese Referate **vorbereiten**, die **Zellenzeitungen** die Ergebnisse entfalten, d. h. **politischer** werden. Es ist **falsch**, „gegen" die „hohe Politik" zu sein, vielmehr muß man die Arbeiter zu „hoher Politik" **erziehen**, und zwar in guter, leicht aufnehmbarer Form.

Ferner müssen wir es endlich lernen, die **Frauen** richtig zu bearbeiten. Auch das ist Sache der **Zellen**. Wir müssen an die **ländlichen Arbeiter** herankommen, in ihre Organisationen **eindringen** und dann geduldig arbeiten. Wir müssen die günstige Entwicklung nach den Wahlen (Bankrott aller Versprechungen, Steuerwucher, Barmatgeschichten usw.) ausnützen, um alle ehrlichen Arbeiter aus dem **Reichsbanner**, der **eigentlichen** SPD., zu uns zu bringen. Wir müssen schließlich die angeknüpften Beziehungen zum **flachen Lande** festigen und neue anknüpfen.

Das sind einige Rammenaufgaben für die Zellen.

Auf die kommunistischen Siege antworten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit Ausschlüssen.

In Bremen hat der ADGB.-Ortsausschuß den Ausschluß mehrerer Kommunisten aus den verschiedenen Verbänden veranlaßt unter dem Vorwand, daß sie gegen die gewerkschaftlichen Vorschläge auf einer Opositionsliste zu den Wahlen der Arbeiterkammer kandidiert haben.

Im Fabrikarbeiterverband Wittenberg wurde der Genosse Bindebrandt und der Genosse Behnke ausgeschlossen und als Angestellter des Verbandes entlassen, nur weil sie unermüdlich Mitglieder unter den Organisierten für die Revolutionierung der Gewerkschaft warben.

Der Deutsche Textilarbeiterverband, Filiale Krimmitschau, hat ohne jede Begründung den Antrag einiger Ausgeschlossener auf Wiederaufnahme in den Verband abgelehnt.

Hand in Hand damit schreitet vor die Entfaltung mehrerer derartiger sozialdemokratischen Skandale in den gewerkschaftlichen Kreisen. So der Skandal mit dem „König" der sächsischen Metallarbeiter, Max Liebe in Chemnitz, mit Jander in der Zeitzer Ortsverwaltung des DMV., mit Richard vom DMV. Essen usw.

Die Erfolgen Skandale und Ausschlüsse müssen uns wieder und immer wieder zu Durchdrungen der Gewerkschaften mit revolutionären Geist zur tiefendwegten Reinigung dieses Sumpfes anhornen.

Die Erlebnisse eines deutschen Fremdenlegionärs in Spanisch-Marokko.

Der Betrug — Deutsche als Zuhälter der spanischen Militärkamarilla — Der Transport — In Ceuta

Von **Henry Giegeler.**

Im Januar des Jahres 1924 wurde in Hamburg, Eimsbütteler Straße 47, eine sogenannte Paßprüfungsstelle des spanischen Konsulats eingerichtet, die der spanische Doktor Amoros, Mitglied der spanischen Gesandtschaft, leitete. Dieses Büro hatte es sich zur Aufgabe gemacht, junge Deutsche im Alter von 21 bis 37 Jahren anzuwerben als Kolonialarbeiter nach Spanisch-Marokko. Da die Arbeitslosigkeit seinerzeit sehr groß war, meldeten sich viele auf diesem Büro, in der Hoffnung, Arbeit zu bekommen und sich eine Existenz zu schaffen. Auch ich ging zu diesem Büro, um mich zu informieren. Doch ich wurde mit dem Bemerken abgewiesen, ich könne, ehe ich keinen Paß habe, keine Auskunft erhalten. Ich besorgte mir nun einen Paß, welcher anstandslos ausgehändigt wurde, so daß ich nicht daran dachte,

irgendeinem Schwindelunternehmen zum Opfer zu fallen, oder gar bei einer fremden Nation als Legionär Dienst tun zu müssen.

Die Bedingungen, die der spanische Doktor an mich stellte, waren folgende: Ich solle in Spanisch-Marokko als Kolonialarbeiter vier Jahre Arbeit leisten, wofür ich dann eine Prämie von annähernd 14 000 Mark bekäme. Dafür verpflichte sich der spanische Staat, uns alle irgendmöglichen Vergünstigungen zu geben. Zum Beispiel, deutsche Kost, deutsche Vorarbeiter, und in Krankheitsfällen könnten wir auf Wunsch deutsche Aerzte zur Behandlung bekommen.

Auf diese Bedingungen hin

ließ ich mich in die Liste eintragen, um auch im Auslande mein Glück zu suchen. Ein paar Tage später wurden wir auf Tropenfähigkeit untersucht und dann ging es im Laufe derselben Woche mit dem deutschen Dampfer „Cap Norte" nach Bilbao in Spanien. Hier wurden wir von einem spanischen Kapitän, welcher an Bord kam, empfangen. Der Kapitän bekam von einem Offizier des Dampfers einen Brief ausgehändigt, worin unsere Namen verzeichnet waren. Dann rief der „liebenswürdige" deutsche Schiffsoffizier:

„Die Fremdenlegionäre und Marokko-Kämpfer zuerst aussteigen lassen."

Daß wir in diesem Moment wie vor den Kopf geschlagen waren, kann man sich wohl leicht denken. Willenlos folgten wir dem spanischen Offizier in die Barkasse, denn auf irgendeine Hilfe seitens der Dampferleitung war nach dem Ausruf des deutschen Offiziers nicht zu rechnen. Dann wurden wir nach dem Bahnhof gebracht, und per Eisenbahn ging es nach der Kaserne des 47. Infanterie-Regiments in Bilbao. Nachdem wir verpflegt waren, mußten wir unsere Pässe abgeben, bekamen fünf Peseten ausbezahlt, worauf wir uns die Stadt besichtigen konnten. Daß wir kein Interesse an der Stadt hatten, kann man sich leicht denken, denn uns steckte der „Fremdenlegionär" noch in den Gliedern. An Flucht war nicht zu denken. Die Stadt war stark besetzt von Militär und Polizei, die begreiflicherweise an uns Deutschen das meiste Interesse hatten. Abends um 6 Uhr wurden wir von der Polizei aufgegriffen und zur Kaserne zurückgebracht. Am anderen Morgen ging unsere Reise quer durch Spanien los. Die Fahrt dauerte 60 Stunden mit einem Aufenthalt in Madrid von sechs Stunden. Während der Fahrt war an Schlaf nicht zu denken.

Die Verpflegung war sehr mangelhaft, die Bewachung aber desto strenger.

Als wir in Algeciras nachts um 12 Uhr ankamen, verlangten wir in der Kaserne „de Ordenell" etwas zu essen, worauf der Spanier als Antwort das Gewehr auf uns anlegte und drohte zu schießen, falls wir nicht ruhig sein würden. Wir zeigten ihnen aber, daß wir Fäuste hatten. Das Gewehr flog in die eine Ecke und der Kerl laufte in die andere. Darauf wurde der Spanier sehr freundlich. Aber zu essen bekamen wir trotzdem nichts. Wir wurden zu Bett geschickt und am anderen Morgen um 5 Uhr ging es weiter zum Hafen, wo wir 2½ Pesetas und zwei trockene Brote empfingen. Dann konnten wir in ein Restaurant gehen und frühstücken. Um 9 Uhr ging es zum Dampfer,

welcher uns nach der Stadt Ceuta (Span.-Marokko) brachte.

Hier kamen wir nach der Legionärkaserne „de Quartel", wo wir nochmals untersucht wurden, was allerdings sehr oberflächlich geschah. Dann mußten wir ein Bad nehmen. Als wir uns wieder anziehen wollten,

war unser Zivilzeug verschwunden.

Auf unsere Frage, wo es geblieben sei, wurde uns erklärt, daß es verbrannt wurde.

Wir mußten nun wohl oder übel die Uniform anziehen, unser Haar wurde kurzgeschnitten, dann wurden wir gezwungen, den Vertrag zu unterschreiben und mußten noch einen Fingerabdruck machen.

Dann gingen immer je vier Mann mit einem Sarg (Unteroffizier) zum Photographen, wo wir, mit einer Nummer versehen, von zwei Seiten photographiert wurden. Das war für den Fall berechnet, daß man denjenigen, der desertierte, um so besser habhaft werden könnte. Nachmittags um 4 Uhr ging es per Bahn nach dem Ausbildungslager der Legionäre: „Der Rifien", wo mit uns noch drei Deserteure eingeliefert wurden. **Dieselben wurden so schwer mit Kolben und Fußtritten mißhandelt, daß sie zusammenbrachen.** Als die im Lager anwesenden Deutschen (es waren ungefähr 150) sich diese Grausamkeiten verbaten, mußten wir Deutschen antreten. Die Spanier gingen in die Baracke und holten sich ihre Gewehre, stellten sich den Deserteuren gegenüber auf, das Gewehr im Anschlage. Dann wurden die Deutschen zum Laufschritt kommandiert, der ungefähr anderthalb Stunden dauerte, bis die meisten von uns zusammenbrachen; dann konnten wir abtreten.

Das war unser Empfang bei den Spaniern in Dar Rifien.

Ich will nun die erste Zeit nicht näher schildern, **von Backpfeifen, Fußtritten** usw. abgesehen, womit uns die Kommandos eingedrillt wurden. Eines Sonntags, als wir in Ruhe am Strande lagen, kamen spanische Offiziere im angetrunkenen Zustand **und schossen aus Vergnügen auf uns, wobei ein Spanier schwer verletzt wurde.** Solche Fälle sind öfter vorgekommen. Die geringsten Kleinigkeiten werden scharf mit Peleton bestraft, das bedeutet von morgens 6 Uhr bis abends 7 Uhr mit zwei Unterbrechungen von ungefähr anderthalb Stunde in der brennenden Sonne die schwersten Arbeiten auszuführen, bei halber Verpflegung und ein Achtel des täglichen Soldes.

Nun will ich das Lazarett De Ordenel in Mir Mirama etwas näher schildern.

Da in Spanien der Doktortitel käuflich ist, kann man sich die Aerzte leicht vorstellen. Deutsche Aerzte oder auch nur deutsch sprechende habe ich nicht gefunden, trotz der Versprechung in Hamburg. Der Legionär Eckstein hat vom Mai bis November im Hospital gelegen ohne jede Behandlung, ohne Bad, so daß er vom Wahnsinn ergriffen und entlassen wurde. Er liegt heute der deutschen Regierung zur Last, bekommt keine Unterstützung, und wird heute im **Hafenkrankenhaus zu Hamburg behandelt.**

50 Prozent der Krankenwärter im Hospital De Ordenel sind mit dem goldenen „S" behaftet und behandeln trotzdem Verwundete und Kranke.

Kommentar überflüssig. Die Hauptmedikamente sind: Wasser, Jod und Spritzen. Es ist uns von vielen Seiten der Vorwurf gemacht worden,

wir hätten diesen Schandvertrag ja nicht zu unterschreiben brauchen.

So will ich kurz den Fall des Legionärs Gustav Rutter schildern: Als er in Spanien erfuhr, daß er als Legionär Dienst tun sollte, macht er einen Fluchtversuch, der allerdings mißlang. Er wurde eingefangen und in Ketten nach Ceuta gebracht, wo er gezwungen werden sollte, den Vertrag zu unterschreiben. Er unterschrieb nicht.

Trotzdem wurde er eingekleidet, kam ins Lager und mußte wie jeder andere seinen Dienst mitmachen.

Eines Tages gab es zu Mittag zwei Apfelsinen, er erhielt zwei schlechte, die er fortwarf; ein Offizier sah es und forderte den den Rutter auf, die fortgeworfenen Apfelsinen zu essen.

Auf seine Weigerung hin holte der Offizier seine Pistole und schoß den Rutter durch die Schulter, schwer verletzt brach Rutter zusammen.

Zuerst wurde ihm jeder Verband verweigert, später aber doch verbunden, kam er sofort auf die Festung Latsche, wo er zu sechs Monaten Zwangsarbeit verurteilt wurde. Nach Verbüßung der Strafe kam er zurück ins Lager und wurde sofort

ins Peleton geworfen, wo er so lange verblieb, bis er den Vertrag unterschrieb.

Dann wurde er eingekleidet und kam sofort an die Front. Bald darauf kam er wieder zurück. Was sich an der Front ereignet hat, ist nicht bekannt. Rutter kam, sobald er wieder im Lager war, ins Peleton. Dort wurde er so mißhandelt, daß er ins Hospital befördert werden mußte.

Als er ins Hospital kam, war er wahnsinnig. Im Hospital selber wurde er nicht behandelt, sondern weiter mißhandelt, er verschied an den Folgen am 7. bis 8. November 1924 nachts.

Seine Frau ist bis zum 1. Januar 1925 von der spanischen Behörde noch nicht benachrichtigt worden. Ein Zeichen, daß der Mensch drüben nichts zählt. Die Behandlung der Legionäre in Marokko ist so unbegreiflich, daß man sich über die großen Verluste nicht zu wundern braucht. Morgens um 9 Uhr aus der Festung heraus und nachmittags 4 Uhr geht es wieder zurück in die Festung. Zweimal sind wir dem Feuer der Rifindianer ausgesetzt, was jedesmal Verluste mit sich bringt, da die Front sich in unmittelbarer Nähe von Ceuta befindet.

Ich hoffe, diese Worte werden weiter zur Aufklärung über den spanischen Schandfleck in Marokko dienen.

Meine Flucht kann ich im Interesse meiner Kameraden, die sich noch in dieser Hölle befinden, nicht schildern, da ihnen sonst die Möglichkeit genommen wird, den Weg einzuschlagen, den ich genommen habe.

Haben die Arbeitsgemeinschafter den Achtstundentag für das (zehnstündige!) Dreischichtensystem verkauft?

Der Rhein-Ruhr-Pressedienst teilt mit, daß in einer Versammlung der Christlichen Gewerkschaften der Professor Heyde vom Reichswirtschaftsrat erklärt hat:

„Die Gewerkschaftsführer hätten bei den Verhandlungen immer wieder erklärt, sie übernehmen die Bürgschaft, daß aus der Einführung des Dreischichtensystems bei den Kokereien und Hochöfen nicht auch die Einführung der Achtstundenschicht für die gesamten Arbeiter komme."

Die Gewerkschaftsführer, das sind die „Tariffähigen", der BAV., der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter, der HD.-Gewerkverein und die polnische Berufsvereinigung.

Daß die Christen ihre „Dreischichtenaktion" mit den Unternehmern abgeklärt haben, ist von uns schon angezeigt worden und wurde durch den Beschluß des Kabinetts der Großindustrie bestätigt.

Daß aber nach dieser Aussage des Heyde auch die Sozialdemokraten an diesem ungeheuerlichen Verrat der Arbeiterinteressen beteiligt sind, ist neu. Wie sollte Heyde die Stirn haben, öffentlich vor 5000 Menschen eine solche Behauptung auszusprechen, wenn sie nicht wahr wäre, da er doch weiß, daß eine Lüge sofort an den Tag käme?

Wir fragen die sozialdemokratischen BAV.-Führer: Ist etwas Wahres an der Behauptung des Heyde?

Heraus mit der Sprache!

Ein weiter Direktor.

Am 20. Januar war ich in der Weberei der Firma [illegible] A.-G. in Bollenhain wegen Arbeit fragen, wurde aber wieder abgewiesen mit der Worte: „Heute haben wir keine Arbeit für Sie, kommen Sie morgen wieder." Der Direktor Erkmann, welcher in ganz Bollenhain und Umgegend als Kommunistenfresser bekannt ist, wollte nur Zeit haben um nachzufragen, ob ich Kommunist bin. Daß dieses der Fall ist, mag er erfahren haben. Denn als ich am anderen Tage wiederkam, fragte dieser noble Herr nach meinem Namen, und wie ich ihn kaum ausgesprochen hatte, brüllte mich dieser „gebildete" Mensch an: „In ein paar Monaten können Sie wiederkommen, und nicht morgen habe ich gesagt." Ich mußte lachen über dieses Männlein, das über einen Namen, dessen Träger ein Kommunist ist, so in Wut gerät. Ich machte kehrt und ließ ihn stehen; als ich mich noch einmal umdrehte, sah ich, daß der „Herr Direktor" mir ganz verdattert nachsah.

Ihr Arbeiter in diesem Betriebe, abonniert die „Schlesische Arbeiterzeitung", werdet Mitglieder der KPD. und helft uns, diesen Tyrannen zum Teufel zu jagen.

Ein Arbeitsloser.

Ein Bergverwalter als Kommunistenfresser.

Ein Kommunistenfresser besonderer Art ist der Bergverwalter Mitschke vom Egmontschacht in Gottesberg. Ein Genosse, der 22 Wochen krank war, beantragte Deputatkohle. Mitschke gab den Antrag an die Direktion weiter mit dem Bemerken: Antrag kann abgelehnt werden, da Antragsteller Urlaub zum Zwecke kommunistischer Propaganda beanspruchte. Der Antrag wurde dann auch richtig abgelehnt.

Kollegen, kämpft erneut mit den Kommunisten gegen die Bedrücker und Schinderer der Arbeiterschaft.

Achtung! Genossen Achtung!

Am 1. Februar findet eine

Unterbezirkskonferenz in Waldenburg

statt. Lokal und Stunde wird noch bekannt gegeben.